

Zum Dilemma studentischer Selbstverwaltung: Was macht eigentlich der AStA	4
Der AStA läßt die Erstis im Regen stehen	6
Alles (nur) Banane??? Die traurige SP-Sitzung zum Thema Lehramtsstrukturereform	7
Hochschulreform statt Studiengebühren!	8
Von der AStA-Fahndung nach dem Sinn in der Rasterfahndung	9
Das Entsetzen bleibt! Zu den Terroranschlägen auf das WTC	11
Wo "grenzenlose Freiheit" Krieg bedeutet... Interview zu der derzeitigen Lage in Afghanistan	12
Über die LSI: Außeruniversitäres Engagement als Mehrwert	17
„Der Zukunft offen begegnen“ Neues Grundsatzprogramm des RCDS	18
Examen? Für solche Fragen habe ich wirklich keine Zeit!	20
Eine Sekte rief... ...und Münsters Bürger kam	21
„Ich lege keinen Wert auf Knall“ Roman Signer im Westfälischen Landesmuseum	22
He is back! Michael Jordans Come back	23
Neue Medien: Sicherheit im Internet	24
„Die Globalisierung hat nicht nur Nachteile!“ Leserbrief zur Kampagne gegen die Weltbank	26
Leserbrief: „Der RCDS und die Wahrheit“	27
Neues von Gestern: Bautipp: Wohin mit den Büchern?	29
Wo hin? Termine	31

Impressum

HerausgeberInnengremium:

Dagmar Diner
Marc Gottschlag
Maren Lurweg
Sven Pastoors
Silke Rüsche

Chefredaktion:

N.N.

Redaktion:

Jan Balthasar (jab)
Torsten Bewernitz (bew)
David Juncke (dju)
Stefan Küper (skü)
Benjamin Yu (yub) v.i.S.d.P.

LayOut: Jan Große Nobis

Geschäftsführung:

Christian Wohlgemuth

Redaktion und

Anzeigenverwaltung:

Schloßplatz 1, 48149 Münster
ssp@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck

Auflage: 4.000

Redaktionsschluss SSP 331:

7. November 2001

Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des/der Autor/in wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen der Förderung der Diskussion allgemeiner gesellschaftlicher Fragen (UG § 71 (2) Satz 3).

Manuskripte bitte digital (auf Diskette oder per e-mail als Word-Datei, Bilder im Original oder als jpg-Datei (300 dpi, unbearbeitet)) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im AStA-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmefällen können AutorInnen ungenannt bleiben.

Zeilenhonorar: 12 Pf

Fotohonorar: 25 DM

Hallo Ersti,

ja Dich, genau Dich meine ich! Dich, wie Du gerade vorm H1 auf Deine Vorlesung wartest, Dich, wie Du gerade in Deinem ersten Proseminar sitzt und Dich tatsächlich langweilst, Dich, wie Du gerade in mir liest.

Ich möchte mich kurz vorstellen: Mein Name ist Semesterspiegel und ich bin die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Du hältst gerade die 330. Ausgabe von mir in der Hand und wenn Du bedenkst, daß ich nur sieben Mal im Jahr erscheine, dann merkst Du schnell, daß ich schon ein paar Jahre auf dem Buckel habe. Ich berichtete schon zur Zeit der heißen 68er, zu einer Zeit, in der Studis noch politisch sehr aktiv waren, und berichte noch heute über viele Dinge, die weit über die Grenzen der Universität und über die Grenzen Münsters hinausgehen.

Als Zeitung der Studierenden der Universität kannst Du mich am besten mit einer Schülerzeitung vergleichen. Das Niveau ist vielleicht ein bißchen höher, manchmal jedenfalls - es hängt ganz vom Verfasser der Artikel ab. Aber die Grundidee einer Schülerzeitung steckt auch in mir: die freie Mitarbeit. Was heißt das für Dich, lieber Leser? Das heißt, daß Du Dich beteiligen kannst an der Erstellung von Artikeln, Reportagen oder wie auch immer. Dazu brauchst Du lediglich einen Artikel zu verfassen, als Word-Datei an mein e-Mail Konto ssp@uni-muenster.de senden und die Redaktion entscheiden lassen, ob Dein Beitrag in mir veröffentlicht wird. Und wenn das der Fall ist, dann kannst Du so sogar Dein schmales studentisches Budget aufbessern, schließlich gibt es für jeden veröffentlichten Artikel Zeilenhonorar und für Fotos gibt es außerdem ganze 25,00 DM. Am meisten freue ich mich über Beiträge, die einen großen Leserkreis erquicken, vielleicht Berichte über Dozenten und ihre Veranstaltungen oder über Parties oder über die Zustände in Euren Wohnheimen. Oder Du schreibst einfach, um Dir Luft zu machen, beispielsweise weil ihr einen Professor zum x-ten Mal nicht in seiner Sprechstunden antrefft. Du wirst bald feststellen, es gibt an der Uni genügend Dinge, die einige Zeilen wert sind!

David Juncke



Helfen Sie mit!

Weil Gesundheit keine Frage der Staatsangehörigkeit sein darf

ÄRZTE OHNE GRENZEN leistet medizinische Nothilfe in mehr als 80 Ländern und macht Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht öffentlich.



**MÉDECINS SANS FRONTIÈRES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- ☐ allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- ☐ Informationen für einen Projekteinsatz
- ☐ Informationen zur Fördermitgliedschaft
- ☐ die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

11.10.2002

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Berlin • BLZ 100 500 00

Was macht eigentlich... ...der AStA?

Zum Dilemma studentischer Selbstverwaltung ein paar persönliche Anmerkungen eines Studenten am Ende des Studiums

Am Ende einer Lebensphase - und da gehört das Studium zweifellos dazu - ist es eigentlich die Regel, einmal zurückzublicken, zu resümieren, ein kleines Fazit zu ziehen, ganz subjektiv natürlich und ohne den Anspruch der Wissenschaftlichkeit oder der Allgemeingültigkeit. Also einfach mal sagen, was man denkt. Dies will ich an dieser Stelle tun und maße mir an, nach mittlerweile acht Semestern, zumindest einigermaßen einen Einblick gewonnen zu haben. Das zu betrachtende Thema soll hier die studentische Selbstverwaltung vor allem in Münster sein, also all die hochwichtigen Spielzeuge künftiger Politik-Funktionäre wie AStA und Studentenparlament etc.

Stellt man sich die existenzielle Frage „Was macht der AStA eigentlich?“ fängt die Erklärungsnot schon an. Gut, die vermieten billig Autos und stellen diese internationalen Studentenausweise aus, aber braucht man für diese sicher erfreuliche Dienstleistung einen aufgeblasenen Apparat aus dutzenden wichtigen Referenten und Referententeams, aus Ausschußvorsitzenden und Parlamentspräsidenten. Die Frage bleibt erstmal offen. Starten wir doch lieber am Anfang und schauen uns an, wie diese ominöse studentische Selbstverwaltung zustande kommt. Meist geht das ganze irgendwann im November oder Dezember los. Da ist Wahlkampfzeit. Die Nachwuchspolitiker haben sich in verschiedenen

Listen organisiert, darunter ein paar Parteiableger wie der RCDS als CDU-Appendix oder die Juso-HSG, die sich anmaßt, der SPD nahezustehen, obwohl sie rein programmatisch – das weiß ich aus eigener Erfahrung – eher zur PDS gehört. Daneben gibt es aber auch noch ein paar Listen, die unabhängig sind und entweder meist das ganze Jahr nicht in Erscheinung treten wie eine Liste namens AUF (keine Ahnung, wer das ist und was die macht) oder die zumindest im Gegensatz zu den anderen ein gewisses – allerdings unfreiwilliges – Humorpotenzial besitzen wie die Magnus-Becker-Drückerkolonne US, die erst die Welt rettet, dann die Uni und dann nebenbei auch noch das Semesterticket endlich auf ganz

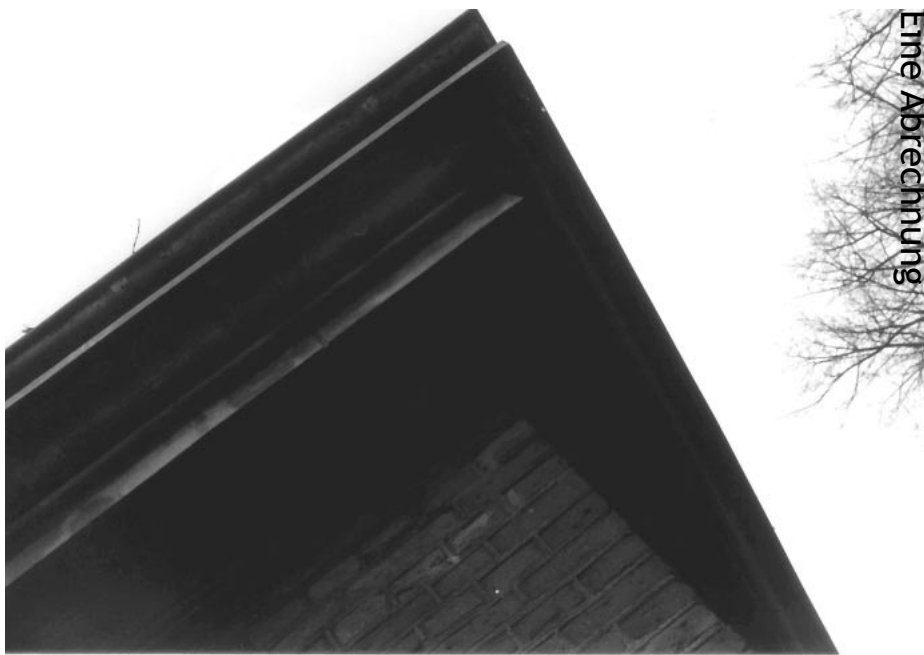
Deutschland ausdehnt. Diese Listen versuchen in einer Woche das wahlwillige Studentenvolk an die Urne zu bringen. Immerhin nehmen ab und an sogar über ein Viertel der Studenten daran teil und lassen sich durch inhaltliche Aussagen wie „AStA jetzt“ (RCDS) oder „Ganz n Roses“ (Juso-HSG) überzeugen. Anschließend wird ausgezählt und eine linke Mehrheit bildet sich, die meist aus Jusos, die bezüglich der Machtgierlichkeit ihrem Parteivorsitzenden in nichts nachstehen, aus Grünen, die zumeist aus langsam grau werdenden Fundis bestehen und aus dem Fachschaftenforum, die zwar in ihrem Namen eine sachorientierte Politik vorgaukeln, im Grunde aber das selbe sind wie die Uni-Grünen, besteht. Der RCDS, der in punkto Erfolglosigkeit die nordrhein-westfälischen Union seit langem erfolgreich begleitet, zieht sich beleidigt auf die ihr bekannten Oppositionsbänke zurück. Ist das Wahlergebnis – meist Mitte Dezember – erst mal bekannt, dann geht es rasend schnell. Die Koalitionsverhandlungen beginnen. Und da geht es dann um ent-



„Was macht der AStA eigentlich?“ -alle Fotos: AStA-Archiv

scheidende Fragen, ob das Referat für kritische Wissenschaften denn eine halbe oder eine ganze Stelle verdient, ob die Frauenvollversammlung, die meist zwischen 2 und 5 Studentinnen besuchen, denn das Recht habe, eine AStA-Sonderseitzung einzuberufen etc. Solch wichtige Fragen bedürfen natürlich einer kritischen Prüfung. Kein

Wunder, dass es dann keine Ausnahme ist, wenn nach dem feststehenden Wahlergebnis im Dezember im Juni (!) alle strittigen Fragen geklärt sind und der AStA endlich vom Studierendenparlament, das eigentlich aus 31 Mitgliedern besteht, von denen meist aber eh nur die Hälfte anwesend sind, gewählt werden kann. Der AStA besteht dann aus einem Vorsitzenden, von dem eigentlich keiner weiss, was er macht, der aber die besten Chancen hat, einmal als Politiker Karriere zu machen. Außerderm ein Finanzreferent, der das Geld verteilt, das aus Zwangsbeiträgen aller Studenten besteht. Ein großer Posten des Geldes wird meist gleich an die anderen Referenten verteilt, an den Referenten für Hochschulpolitik (da gibt auch schon mal zwei), der eigentlich nur die Aufgabe hat, besonders laut gegen Studiengebühren in jeglicher Form zu krakelen oder an den Referenten für Sozialpolitik, dessen Tätigkeit mir bis zum heutigen Tage sich nicht erschlossen hat. Dann kommen die eigentlich wichtigen Referenten, nämlich



Ein Vorsitzender, von dem eigentlich keiner weiss, was er macht, der aber die besten Chancen hat, einmal als Politiker Karriere zu machen?

die für Antifaschismus, die ab und an auch mal gewalttätige Linksradikale hofieren, die für Kritische Wissenschaften, die für Frieden und Internationalismus, die zwischen

Nicaragua und Chiapas auch mal auf AStA-Kosten ihr segensbringendes Werk durch Tourismus vollbringen.

Das Ganze wiederholt sich Jahr für Jahr, auch die Referenten sind oft dieselben. Vom AStA hört man meist erst dann wieder was, wenn der nächste Wahlkampf startet. Auf jeden Fall kann man es sich im AStA ganz gemütlich machen, knapp 1000 Mark pro Monat als Referent einstecken und so sein 20 + xtes Semester ganz gut rumkriegen.

Aber zurück zur Ausgangsfrage: Was macht der

AStA denn nun? Die Frage zu beantworten ist nicht einfach. Für eigentlichen Nutzen für die Mehrheit der Studierenden ist der AStA nicht verantwortlich. Als Student kann man auch ohne Referat für Demokratische Rechte und Internationalismus in Münster wunderbar studieren. Eigentlich ist er also überflüssig. Die eigentliche positiv konnotierte Arbeit, die Erstsemestern den Einstieg in das Studium erleichtert und durch Beratung, Klausurverleih und Interessenvertretung gegenüber den Professoren einen wichtigen Servicebeitrag leistet, kommt von den Fachschaften. Dies sind Zusammenschlüsse von Studenten, die jenseits von politisch-ideologischen Scharmützeln in ihrem Fach einen wirklichen Beitrag für die Studenten leisten. Diese sind m.E. wirklich unverzichtbar, um den doch gravierenden Übergang von der Schulzeit in das Unileben zu erleichtern. Den AStA braucht man dazu nicht.

Man kann das ganze allerdings auch mal anderssehen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind in Deutschland doch eh schwer in Mode. Warum soll es in Form des AStA nicht auch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für langsam grau werdende Langzeitstudenten geben?

Holger Kolb



AStA: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind in Deutschland doch eh schwer in Mode?

Der AStA läßt die Erstis im Regen stehen

Immatrikulationswoche: Juristen, BWL-er, Primarstufenstudierende, Biologen, Mediziner, Pharmazeuten, Psychologen etc. ... aber kein AStA.

In der Woche vom 7.-14. September 2001 schrieben sich wieder Tausende Erstis, die gerade von der ZVS benachrichtigt worden waren, im Schloß ein. Da es dort mal wieder sehr voll war, nutzten etliche Immatrikulanten die Gelegenheit, mir als Ansprechpartnerin offene Fragen zu stellen (über BAFöG,

gan der Studierendenschaft, das sich eigentlich hauptsächlich um solche Angelegenheiten kümmern sollte, glänzte mal wieder durch Abwesenheit. Na ja, eigentlich muß ich mich verbessern. Die Abwesenheit wurde an besagten sechs Tagen durch genau drei Stunden unterbrochen.



Der AStA und seine Vorsitzende Anika Susek - Untätig?

-AStA-Archiv

Stipendien, Internet und Hausarbeitskripte, Studienführer etc.):

„Wo finde ich das Studentenwerk?“; „Wo finde ich eine Wohnung?“; „Wo befindet sich das Institut XY?“ UND „Wo finde ich den AStA?“.

Gerade die letzte Frage gibt mir, die ich vor dem Schloß stand und bereitwillig Fragen jeglicher Art beantwortete, zu denken. Und es fiel mir nur folgende Antwort ein: „Na ja, eigentlich sollte der AStA hier sein, um Dir mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Aber Du kannst ja mal zu dem Häuschen da vorne gehen und schauen, ob gerade Präsenzzeiten sind.“

Traurig, aber wahr. Das gewählte Or-

Ich kann ja sehr gut verstehen, daß der AStA dem „vorherrschenden Klischee“ der faulen Studenten nicht widersprechen möchte. Die Immatrikulationszeit von 8.00-12.00 Uhr ist ja wirklich unmenschlich, na ja, eher unstudentisch, zumindest in den Semesterferien. Zudem regnete es, und es war unangenehm kalt. Und man kann ja auch nicht riskieren, mal ein bißchen zu frieren ... ein warmer Pullover ist ja Luxus...

Für mich, aber vor allem für die, die sich immatrikultierten und bezüglich des Wetters ähnlichen Problemen ausgesetzt waren, war es ein trauriges Bild. Da der AStA durch Abwesenheit glänzte, lag es am RCDS als hochschulpoliti-

sche Vereinigung den Erstis bei Fragen etc. zur Seite zu stehen.

Eines muß man dem AStA aber lassen: er hat ein Ersti-Info entworfen. Wie schade, daß dieses erst zum Ende der Woche herauskam. Obwohl die Kommentare, die ich aufschnappen konnte, als das Info ab dem vorletzten Tag auslag, nicht gerade positiv ausfielen. Schon allein das Layout begeisterte die meisten nicht ... Vielleicht gibt das Layout des Ersti-Infos allein schon Aufschluß über den Inhalt, auf die gleiche Weise wie das AStA-Gebäude Aufschluß über dessen Vertreter gibt! Zudem stellt sich die Frage, ob ein Ersti-Info mit 242 Seiten wirklich den Zweck einer Kurzinformation für gestresste, von viel zu vielen Informationen überladene, Erstis erfüllt oder ob eine Broschüre von diesem Umfang nicht eher dazu dient, die linke Ideologie zu verbreiten. Dies zeigt z.B. der Beitrag „Wie rechts sind Studentenverbindungen?“, der keine objektiven Informationen vermittelt, sondern ganz im Gegenteil polemische Pauschalurteile fällt. Diese Tatsache stößt mir besonders deshalb auf, weil sich in dieser Woche neben dem RCDS auch eine ganze Reihe von Studentenverbindungen bereitwillig – zumeist unterstützt von Kaffee und Keksen, die bei dem unangenehmen Wetter und den z. T. sehr langen Warteschlangen dankend angenommen wurden – den noch offenen Fragen der Immatrikulanten stellten und vielen bei der Wohnungssuche behilflich waren. Zumindest kann ich sagen, daß es eine gute Woche für den RCDS war: wir haben Präsenz gezeigt, viele Kontakte geknüpft und, was am wichtigsten war, auch helfen können.

Bezogen auf den AStA hat sich für mich nichts geändert: wenn ich mich an meine eigene Immatrikulation im WS 1998/1999 erinnere, dann glänzte der AStA auch da durch Abwesenheit.

Wenn man diese Fakten also in Betracht zieht, bleibt mir nur zu sagen: der AStA ist beständig in seiner Unbeständigkeit. Wenigstens blieb der AStA einer Tradition treu: der der Tatenlosigkeit. **Traurig für die Studis, aber wahr.**

Silvia Peitz,
RCDS Münster

Alles (nur) Banane???

Die traurige SP-Sitzung zum Thema Lehramtsstrukturreform...

Es war (bzw. ist) eines der umstrittensten Vorhaben der Rot-Grünen Landesregierung in NRW auf dem Bildungssektor: Die sogenannte **Lehramtsstrukturreform**. Auch das Studierendenparlament befaßte sich in der Sitzung vom 16. Juli 2001 mit dem Abschlußbericht (Thema „Empfehlungen zur Lehrerausbildung“?) des von der Landesregierung eingesetzten Expertenrates.

So wurde in einer hitzigen Debatte der Antrag „Resolution für eine Reform der Lehramtsausbildung“ der Liberalen Studierenden Initiative diskutiert. Gleichmaßen kam es zum Streit über die Änderungsanträge des **Fachschafften-Forums**, die die etlichen wesentlichen und zum Teil lobenswerten Ansätze des LSI-Antrages ins Gegenteil verkehrten. Vor allem der im Änderungsantrag des **FaFo** deutlich gewordene falsche Ansatz hat den mit der Materie vertrauten SP-Mitgliedern des RCDS erheblich aufgestoßen.

Mal wieder wurde dem SP deutlich vor Augen geführt, daß es auch in diesen Änderungsanträgen des FaFo, welcher zum Ziel hatte, im Kern richtige und zu befürwortende Forderungen schlecht zu reden, nicht darum ging, konstruktive Kritik zu üben, sondern statt dessen von linker Ideologie getränkte Polemik an den Tag zu legen. So wurde eine der wichtigsten Forderungen („Die bisherige „Stufen-Lehramtsausbildung“ muß durch eine schulformbezogene Lehramtsausbildung ersetzt werden (...)“), die nicht nur im LSI-Antrag zu finden ist, sondern von der CDU-Landtagsfraktion seit Jahren vertreten wird, einfach gestrichen. Dabei sind sich alle Kenner und Fachleute der Problematik der schulstufenbezogenen (also Sek. I und II) Lehrerausbildung bewußt.

Eine aus fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Überlegungen geforderte Einführung der schulformbezogenen Lehrerausbildung käme der Unterrichts- und Erziehungswirklichkeit nicht nur entgegen. Nein, sie würde zu einer Verbesserung der für eine jede spezifische Schulform (Haupt-

und Realschule, Gymnasium) angemessenen Lehramtsausbildung führen. Auch Laien können sich vorstellen, daß der Unterricht der Klassen 5 bis 10 an einer Hauptschule andere Anforderungen fachwissenschaftlicher, didaktischer und pädagogischer Natur an den Lehrer/ die Lehrerin stellt als am Gymnasium. Aber selbst dieser augenscheinlich notwendige Schritt von einer schulstufen- hin zur schulformbezogenen Lehrerausbildung wurde durch die Mehrheit des SP (Rot-Grün war genauso für die Streichung dieser Forderung wie das **FaFo**, welches den Änderungsantrag ja auch gestellt hatte und die Unabhängige [Achtung!: laut Selbstaussage steht das U nicht für Ultra, haha...] Linke Liste) aus dem Antrag der LSI gestimmt.

Gut, daß die Linken natürlich ihrer „**Ideologie von gestern**“ getreu gegen eine solch notwendige und längst überfällige Innovation auf dem Sektor der Lehramtsstrukturreform stimmen würde, war klar.

Aber was ist mit der LSI??? Ich hätte von ihr als Antragsteller erwartet, daß sie ihren Antrag zurückziehen würde, falls die Linken ihrerseits die Änderungsanträge durchstimmen würden. Schließlich wurde gleich die erste und wichtigste Forderung ins Gegenteil verkehrt.... *Meine Erwartung wurde leider enttäuscht*: die LSI zog ihren Antrag nicht nur nicht zurück, sondern stimmte am Ende dem durch etliche Änderungen in seinem Wesen und seiner Aussage verkorksten „neuen“ Antrag auch noch zu!!!

So machte sich die LSI (mal wieder?) selbst zum Wegbereiter und Steigbügelhalter einer Resolution, die von der lin-

ken Mehrheit im SP freudig verabschiedet wurde.

Herzlichen Glückwunsch, liebe LSI! Ihr habt es erneut geschafft, zu klären, was das eigentlich „Liberales“ an Euch ist: nicht Eure programmatische Arbeit, sondern Eure Wandelbarkeit. Ist etwa doch nur alles Banane bei Euch?

Ein Tip noch für die Leser: Damit es Euch bei etwaigen Diskussionen über das Thema Lehramtsstrukturreform nicht ergeht, wie der Lehramtsreferentin des AStAs, Ruth Schages, bei der SP-Debatte („Hä, ich habe irgendwie den Faden verloren!“ – kein Wunder, Ruth, wenn man weder von der Thematik Ahnung hat, noch argumentieren kann!)), könnt Ihr Euch unter der



Alles nur Banane?
Diskussion um das Lehtamt

Homepage (www.mswf.nrw.de/miak/aktuell/top-thema/Expertenrat/01.pdf) das Gutachten des sog. Expertenrates runterladen und selbst lesen. Informationen darüber hinaus könnt Ihr auch durch mich erhalten, wenn Ihr die Homepage des RCDS besucht: www.rcds-muenster.de.

Meik Bolte
(stellv. Vors. RCDS Münster)
Fraktion des RCDS im SP

Hochschulreform statt Studiengebühren!

Im europäischen und im weltweiten Vergleich leiden die Studienbedingungen in Deutschland weiterhin in vielen Fächern an unzureichenden Kapazitäten und einer Doppelbesetzung der Studienplätze. Es fehlt an Geldern für den Hochschulbau und dringend benötigte Lehrmittel, die elektronische Vernetzung und die Ausstattung mit EDV ist in vielen Studiengängen noch völlig unzureichend.

Diese Probleme lassen sich jedoch nicht durch die Einführung von Studiengebühren lösen. Der Staat steht an erster Stelle in der Verantwortung für die Hochschulfinanzierung. Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Das oberste Interesse unseres Landes muss es deshalb sein, eine höchstmögliche Zahl an Akademikern auszubilden,

namhafte auf eine konkreten individuellen Nutzen gibt es in vielen Bereichen – Familien und insbesondere Kinder werden zu Recht aus allgemeinen Steuermitteln gefördert, weil ein gesamtgesellschaftliches Interesse vorliegt.

Auch ein Modell, dass Studierende während ihres Studiums noch nicht



ren nur
r und
30% der

Kinder aus sozial
schwachen Famili-
en, bei sozial besser

gestellten sind es rund 70 %. Mit der Einführung von Studiengebühren wird sich diese soziale Kluft in der Gesellschaft weiter erhöhen, die Chancengleichheit wird sich weiter verschlechtern. Zudem zahlen gutverdienende Akademiker aufgrund der progressiven Besteuerung schon jetzt hohe Steuersätze. Eine Sonderabgabe für Hochschulabsolventen würde sich deshalb nur wie eine zusätzliche Steuer auswirken.



Die Möglichkeiten freiwilliger Zuwendungen früherer Studierender an ihre Hochschulen werden dagegen noch nicht entschlossen genutzt. Es besteht heute kaum eine Bindung an die alte "Alma Mater", "Alumni"-Systeme existieren praktisch nicht. Hier sind vor allem die Hochschulen zum Handeln aufgefordert.

Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen muss eine stärkere Gewinnung von Drittmitteln mit sich bringen. Es müssen rechtliche Rahmenbedingungen für eine bessere Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen und die Gewinnung von Sponsoren geschaffen werden. Spenden an akademische Einrichtungen sollten künftig steuerlich besonders gefördert werden. Außerdem sollte die Universitätsverwaltung entschlackt und nach modernen Management-Kriterien ausgerichtet werden. All diese Potentiale werden derzeit nicht genutzt. Die Liberale Studierenden Initiative Münster lehnt deshalb zum jetzigen Zeitpunkt Studiengebühren strikt ab.

Dauerthema Studiengebühren: Diskussion um Hochschulfinanzierung im Schloß -AStA-Archiv

um den Mangel an Rohstoffen auszugleichen. Hiervon profitiert die Gesellschaft insgesamt; die Hochschulfinanzierung ist damit eine Aufgabe, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Eine solche Lastenverteilung ohne Bezug-

belastet, sondern sie erst mit Eintritt in den Beruf und ab einem bestimmten Verdienst zur Kasse bittet, lehnen wir ab. Heutzutage garantiert ein Studienabschluss nicht mehr automatisch ein hohes Einkommen. Schon heute studie-

Sven Pastoors

Von der AStA-Fahndung nach dem Sinn in der Rasterfahndung

Schon seit Wochen geistert der Begriff der Rasterfahndung durch die Medien. Von PolitikerInnen nahezu aller Couleur gepriesen als effiziente Methode zum Aufspüren sogenannter Schläfer, erlebt die Rasterfahndung ihr Comeback im Kampf gegen den Terrorismus. Auch in Nordrhein-Westfalen werden seit kurzem die Daten aller Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren von den Hochschulen, Einwohnermeldeämtern und dem Ausländerzentralregister an das Landeskriminalamt (LKA) übermittelt. Der AStA der Uni Münster unterstützt nun die Beschwerde eines palästinensischen Studenten gegen die Herausgabe seiner Daten im Rahmen der Rasterfahndung. Die bundesweit erste Beschwerde dieser Art erntete obgleich der Aktualität des Themas ein entsprechendes Medienecho. Warum es gute Gründe gegen die Rasterfahndung gibt und warum der AStA sich an dem Widerstand gegen die Rasterfahndung beteiligt, darüber soll in diesem Artikel noch einmal ausführlich Aufschluss gegeben werden.

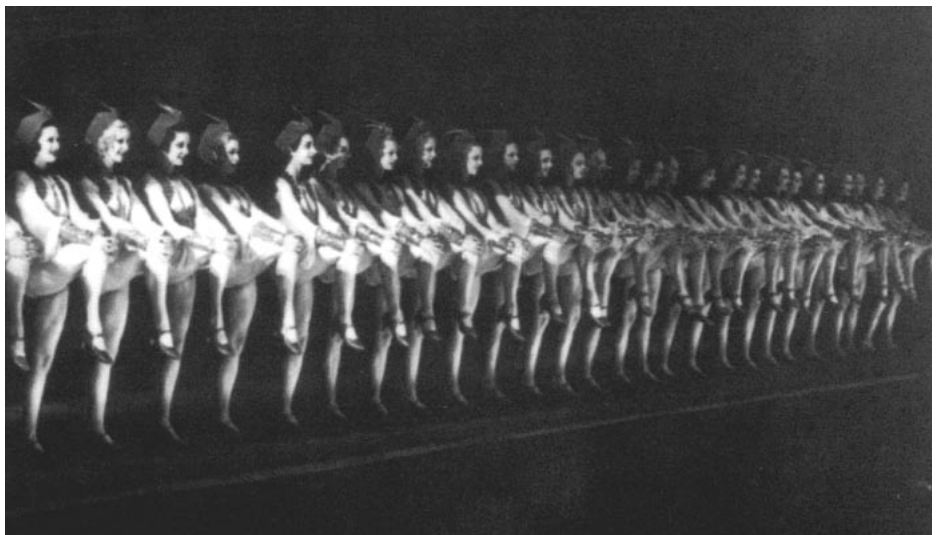
Zunächst: Was genau ist unter einer Rasterfahndung zu verstehen? Die Rasterfahndung erlaubt es, auch ohne konkreten Verdacht staatliche und private Datenbanken nach bestimmten Suchkriterien (Rastern) zu durchkämmen. Durch den Abgleich der so gewonnenen Daten werden dann die Personen herausgefiltert, die einem zuvor erstellten „Täterprofil“ zugeordnet werden können. Diese werden dann einer näheren Überprüfung unterzogen. Erstmals eingesetzt im Rahmen der Einführung von Hans-Martin Schleyer durch die RAF, blieb es lange Zeit still um die Rasterfahndung, die schon damals im deutschen Herbst für lautstarke Proteste unter DatenschützerInnen sorgte. Damals bewegte sich die Rasterfahndung zudem in einer rechtlichen Grauzone, da sie als Fahndungsmethode über keinerlei gesetzliche Grundlage verfügte. Der Einsatz der Methode konnte zwar, sieht mensch von der Festnahme des RAF-Terroristen Rolf Heißler im Sommer 1979 ab, keinerlei Erfolge vorweisen, die Tür für weitere Rasterfahndungseinsätze wollten sich die Ermittlungsbehörden dennoch offen halten. Die Gesetze wurden also nachgebessert, die Rasterfahndung in die Polizeigesetze der Bun-

desländer als mögliche Fahndungsmethode aufgenommen. Wie umstritten der Einsatz der Rasterfahndung jedoch bereits damals war, wird deutlich, wenn mensch sich die gesetzlich festgeschriebenen Rahmenbedingungen ansieht, unter denen der Einsatz der Methode überhaupt möglich ist. So kann nicht ohne weiteres von der Rasterfahndung Gebrauch gemacht werden. Da die Rasterfahndung einen schwerwiegenden Eingriff in das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf infor-

mationelle Selbstbestimmung darstellt, bedarf es eines Antrages der Polizei an das zuständige Amtsgericht, welches den Einsatz der Methode per Beschluss genehmigen muss. Prof. Jürgen Welp (Uni Münster) etwa sieht in der Rasterfahndung einen „[...] Massengrundrechtseingriff, der eine beliebige Vielzahl von Personen, letztendlich die Gesamtheit aller Bürger, in den strafrechtlichen Kontrollprozess einbezieht.“ So sieht auch das Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vor, dass die Rasterfahndung nur dann einsetzbar ist, wenn „[...] dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich ist.“ (§ 31 PolG NW).

Eben diese gegenwärtige Gefahr scheint jedoch in Deutschland, abseits der real existierenden medialen Panikmache, nicht gegeben. So jedenfalls, wollen wir Gerhard Schröder Glauben schenken. Versicherte dieser doch noch am 15. Oktober in den ZDF-Heute-Nachrichten, es gäbe „zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Anhaltspunkte für bevorstehende Terroranschläge in Deutschland“. Auch der zuständige NRW-Innenminister Behrens äußerte sich ähnlich und betonte den vorbeugenden Charakter der Aktion. Selbst die rechtliche Grundlage der nun durchgeführten Rasterfahndung muss also in Zweifel gezogen werden. Frau Prof. Dr. Nelles vom Institut für Kriminalwissen-

„Die Freiheit stirbt mit Sicherheit“



Bloß nicht auffallen und unter der Rasterfahndung weg ducken....?

schaften an der Uni Münster etwa sieht die Voraussetzungen für die Rasterfahndung nicht gegeben. Aber dies nur vorweg, denn abgesehen davon gibt es gleich noch eine ganze Reihe von Argumenten, die gegen die Rasterfahndung sprechen.

So setzt die Rasterfahndung die Unschuldsvermutung außer Kraft und stellt Menschen, insbesondere jene bestimmter Herkunftsländer und Religionszugehörigkeit, unter Generalverdacht. Eben dieser Generalverdacht ist es aber, der keinesfalls nur den latenten Beigeschmack eines rassistischen Ressentiments hat, sondern eben dieses durch die mediale Inszenierung („Gesucht wird: Männlich, arabisch, kinderlos, reisefreudig“ [Überschrift aus: Die Zeit, Politik 41/ 2001]) erzeugt.



In NRW werden zwar die Daten von Männern unabhängig ihrer Herkunft an die Ermittlungsbehörden übergeben, darüber, dass diese dann im weiteren Verfahren nach Herkunftsländern „geseiht“ werden, darüber dürfte jedoch kein Zweifel bestehen.

Das Schüren von Vorurteilen gegenüber Menschen aus dem arabischen Raum schlägt sich durchaus auch im Münsteraner Alltag nieder. So berichtete der WDR erst kürzlich, dass es für arabische Studenten derzeit nahezu unmöglich ist eine Wohnung zu finden. Auch die Ausländische Studierendenvertretung im AStA berichtet von großer Verunsicherung. Insbesondere unter Studierenden mit befristeter Aufent-

haltsgenehmigung kursiert die Angst vor verschärften Zulassungsregelungen für das Studium in Deutschland oder anderen Restriktionen im Zuge der angekündigten „Sicherheitspakete“ der Bundesregierung. Die Rasterfahndung wird von vielen ausländischen Studierenden als rassistisch empfunden. Etwas gegen die Rasterfahndung zu sagen traut sich indes niemand, zu groß ist die Furcht, durch eine öffentliche Äußerung könne man in den Verdacht geraten „etwas verbergen zu wollen“. Vereinzelte Reaktionen auf die Unterstützung der Beschwerde durch den AStA lassen den Schluß zu, dass diese Furcht keineswegs unbegründet ist. Lassen die mit mehr oder weniger unterschwelligem „Ausländer raus“-Tenor behafteten Anrufe die beim AStA eingingen doch entsprechend vermuten.

Problematisch ist an der Rasterfahndung jedoch keineswegs nur der Generalverdacht. Auch die mangelnde Transparenz des Verfahrens hinterlässt allzu viele offene Fragen. So werden überprüfte Personen, wenn überhaupt, erst im Nachhinein davon in Kenntnis gesetzt, dass sie überprüft wurden. Welche Daten genau übermittelt werden, was genau mit den Daten geschieht und wer einen Aktenvermerk bekommt - über all dies gibt

es keinerlei Kontrolle. Die Rasterfahndung erscheint in eben diesem Kontext vor allem als höchst undemokratisches Kontrollinstrument. Dies ist um so bedenklicher, als dass zu befürchten ist, dass die Daten keineswegs ausschließlich für das Aufspüren von Terroristen verwandt werden. Auch der münstersche Zivilrechtler Prof. Dr. Thomas Hoeren meint, die Polizei nutze „teilweise die jetzige Krisensituation dazu, lang gehegte Datenwünsche zu befriedigen“ (MZ, 15.10.01).

Unsinnig erscheint der Einsatz der Rasterfahndung auch insofern, als dass die Methode insbesondere unter TerrorismusexpertInnen auf wenig Gegenliebe stößt, die Nutzbarkeit der

Rasterfahndung von vielen sogar grundlegend in Zweifel gezogen wird. Die Tatsache, dass die in Hamburg lebenden Studenten, welche an den Terroranschlägen vom 11. September beteiligt waren, vor allem durch ihre Unauffälligkeit auffielen, zeigt die Widersinnigkeit des Einsatzes von Rastern. Auch Spiros Simitis, der Vater des deutschen Datenschutzes, hält den Einsatz der Rasterfahndung für das Ergebniss einer auf Populismus bedachten Politik und weist auf die mangelnde Notwendigkeit des Einsatzes hin. „Unsere Polizeigesetze und andere Vorschriften erlauben den Zugriff auf persönliche Daten seit Jahren, sie sind gerade deswegen weit formuliert. Ich frage mich jetzt: Warum machen die Behörden davon so wenig Gebrauch?“, hieß es von Seiten des Datenschützers in einem Interview. (Aus: „Datenschutz = Terroristenschutz? Unsinn!“ In: Die Zeit, Politik 41/2001). Da die Möglichkeiten der Dateneinsicht bei konkreten Verdachtsfällen ohnehin gegeben ist und die Behörden allem Anschein nach auch ohne Rasterfahndung über ausreichende Möglichkeiten der Ermittlung verfügen, scheint sich der Verdacht, die Rasterfahndung diene vor allem der dumpfen Befriedigung einer sich dem Populismus verschriebenen Politik, zu erhärten.

Bleibt noch das von eifrigen RasterfahndungsbefürworterInnen gebetsmühlenartig wiederholte Argument der weißen Weste. „Wer nichts zu verbergen habe, müsse schließlich auch keine Angst vor einer Überprüfung haben“, heißt es immer wieder rechtfertigend. Das Argument der weißen Weste dürfte so alt sein wie der Datenschutz selbst. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine Aufweichung des Datenschutzes nicht gerade außerhalb von Schönwetterzeiten eine verheerende Signalwirkung hat. Zwischen Diskussionen um Gendatenbanken und Fingerabdrücken auf Ausweisen, Kameraüberwachung im öffentlichen Raum, Chipkarteneinsatz auf allen Ebenen und dem großen Lauschangriff scheint der Überwachungsstaat keineswegs mehr Zukunftsvision, sondern bereits jetzt bittere Realität.

Anika Susek, AStA-Vorsitzende

Das Entsetzen bleibt!

Dienstag 15 Uhr. Können die nicht ein bisschen schneller fahren. Immer dieses Geschleiche durch die Stadt. Moment mal. Was hat der Nachrichten-Mensch da gerade gesagt? Flugzeug ins World Trade Center gestürzt. Hat sich etwa ein kleiner Sportflieger verirrt? Na ja, bin gleich zu Hause und zum Glück kann man ja heutzutage dank des Fernsehens alles live verfolgen, was so auf der Welt passiert. Auweia, sieht ja ganz schön heftig aus. Aber was ist denn das?! 15.10 Uhr. Ein zweites Flugzeug rast in den anderen Tower. Ein großes Flugzeug. Mit voller Absicht!!!....

Seit Stunden sitze ich nun schon vor dem Fernseher. Weggehen ist einfach unmöglich. Fassungslos muss man Bilder sehen, in denen Menschen aus dem Fenster springen. 110 Stockwerke bis zum Boden. Andere winken mit Tüchern um Hilfe. Und dann fällt der erste Turm in sich zusammen. Wenig später auch der zweite. Auch das Pentagon wird getroffen. Und noch sind Flugzeuge in der Luft...

Der 11. September 2001 ist eine Zäsur. Ohne Frage. Nicht nur das zig-tausend unschuldige Menschen sterben mussten, auch die weltpolitische Lage hat sich mit einem „Schlag“ geändert. Politiker jeglicher Couleur haben ihr gewohntes Gleichgewicht verloren.

Beispiel USA

Die Sicherheit ist vorbei. Auch die letzte verbliebene Großmacht muss einsehen, dass sie nicht unangreifbar ist, möge da ein Raketen-Abwehrschirm sein oder nicht. Obendrein mit einem Präsidenten der gerade mal 100 Tage im Amt ist und seit seiner Amtseinführung nicht gerade viel Vertrauen erweckt hat. Doch egal wie man bislang zur Person George W. Bush gestanden hat, diese Krise hat er bislang mit Bravour gemeistert. Im Inneren hat er die richtigen Worte gefunden, um das zutiefst verunsicherte amerikanische Volk zu besänftigen und ihm gleichzeitig die Zuversicht zu geben, mit der Herausforderung des internationalen Terrorismus fertig zu werden. Die hierbei verwendeten Formulierungen waren aus der Sicht der amerikanischen Innenpolitik vollkommen gerechtfertigt, um die

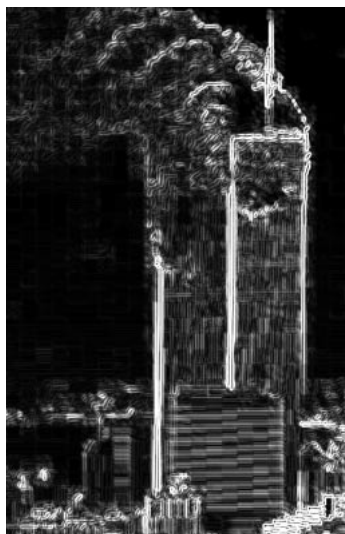
aufgewühlte Stimmung in die richtigen Bahnen zu lenken.

Sein besonnenes außenpolitisches Handeln hat uns alle positiv überrascht. Keine schnellen Vergeltungsschläge, sondern das Suchen nach Partnern für eine gemeinsame Allianz gegen den menschenverachtenden Terror. Die „zivilisierte“ Welt rückt zusammen. Die UNO hat in seltener Einmütigkeit die Anschläge verurteilt und entsprechende Maßnahmen für die Zukunft gefordert (Resolution 1368). Ebenso distanziert sich fast die gesamte islamische Welt von diesen Taten. Vielleicht ist jetzt die Zeit, um alte Konflikte und Gräben zu überwinden. Dies zeigt auch der Besuch des russischen Präsidenten in Deutschland, der in seiner Rede vor dem Bundestag eindringlich für eine engere Zusammenarbeit gewonnen hat.

Apropos Deutschland

Zum klaren Kurs der Bundesregierung gibt es keine Alternative. Auch ohne die Verpflichtungen durch die NATO muss es im Lichte unsere eigenen Vergangenheit (Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg, Luftbrücke für Berlin etc.) selbstverständlich sein, dass wir unseren amerikanischen Freunden mit allen Mitteln zur Seite stehen. Das schließt natürlich eine militärische Unterstützung, sofern überhaupt von den USA gewünscht, mit ein. Genau an die-

ser Frage scheiden sich aber die Geister. Regierung und bürgerliche Opposition haben hierzu ein klares Bekenntnis abgegeben. Im Gegensatz dazu gibt es andere politische Gruppierungen, die selbst jetzt, unter dem Eindruck dieser schrecklichen Terroranschläge, offen und mit einer geradezu perversen Schadenfreude ihrem Antiamerikanismus frönen. Als Beispiel sei hier die PDS-Kampagne in Hamburg „So was kommt von so was!“ angeführt. Bedenklich ist, dass sich in dieser Situation offenbar eine „Koalition der kranken Hirne“ bil-



Das WTC kurz vor dem Einsturz

det, da auch die NPD die Terroranschläge als normale Reaktion auf das Verhalten der USA ansieht und auf Kundgebungen öffentlich amerikanische Flaggen verbrennt. Abgesehen von diesen extremen Auswüchsen, schaffen es auch manche Grünen-Politiker anscheinend nicht, überholte

Denkweisen zu überwinden. Latenter Antiamerikanismus sowie ein gestörtes Verhältnis zum Thema innere und äußere Sicherheit werfen die Frage auf, inwieweit die Grünen insgesamt noch eine verlässliche Regierungspartei sein können.

Zu guter Letzt bleibt nur zu hoffen, dass die politisch Verantwortlichen in diesem Land die richtigen Entscheidungen für jetzt und später treffen, ohne sich von unrealistischen Vorstellungen bestimmter Randgruppen beeinflussen zu lassen.

Verbleiben wird das Entsetzen über den tausendfachen Mord, verübt von Fanatikern, die eine andere Lebensweise als ihre eigene nicht akzeptieren wollen. Der 11. September 2001 muss gleichzeitig Mahnung wie Aufforderung sein, Freiheit und Toleranz mit allen Kräften zu verteidigen.

*Jan Tomas Gierke
und Benjamin Lausch, RCDS*

Wo "grenzenlose Freiheit" Krieg bedeutet...

Interview zu den Hintergründen und Ursachen der derzeitigen Lage in Afghanistan

Mit dem Afghanistan-Kenner Omar Sahrai sprach Edo Schmidt

F: Ich interessiere mich natürlich besonders für die Situation in Afghanistan vor den sog. Militärschlägen der USA. Aber zunächst mal die Frage, ob Dir seit dem 11. September d.J. hier in Deutschland was "besonderes" aufgefallen ist? Spürst Du ein Ansteigen des Rassismus hier auf den Straßen?

A: Rassismus nicht, aber etwas besonderes, das mir passiert ist, geschah an meiner Arbeitsstelle. Ein Gast, der mich anscheinend auch flüchtig gekannt haben muß, machte die Polizei auf einen "bärtigen Afghanen" aufmerksam, als er mich wie üblich an meinem Arbeitsplatz sah. Er vermutete eine mögliche Spur zu den Anschlägen in New York, woraufhin die Polizei meinen Chef anrief und sich nach mir erkundigte. Mein Chef konnte die Polizei schließlich darüber informieren, daß mein Bart nichts mit Fundamentalismus zu tun hätte, sondern daß ich ihn nur aufgrund meiner geplanten Reise nach Afghanistan habe wachsen lassen.

F: Du stammst aus Afghanistan?

Ja. Ich lebe seit etwa 17 Jahren in Deutschland. Damals sind wir vor dem Krieg gegen die Sowjet-Armee geflohen.

F: Wann hat dieser Krieg in Afghanistan angefangen und was ist dort passiert?

1973 wurde der afghanische König während seiner Abwesenheit von seinem Vetter Daud gestürzt, er mußte im Exil bleiben. Afghanistan wurde zu einer Republik. 1978 putschten sich dann die Kommunisten an die Macht, und 1979 marschierte die Sowjet-Armee, ange-

lich auf Bitten der damals regierenden Kommunisten, in Afghanistan ein. Nach einem langen Befreiungskrieg mußten 1989 die Sowjets ihre Truppen geschlagen aus dem Land wieder abziehen. Dies war v.a. möglich durch die Waffenlieferungen des Westens an die unterschiedlichsten Gruppierungen der Mudjahedin. Diese Waffen sind z.T. heute noch im Einsatz – auf allen Seiten der Bürgerkriegsparteien.

F: Intensivierte sich durch den Abzug der Sowjets der Bürgerkrieg? Und welche unterschiedlichen Fraktionen gab es?

Ja sicher! Nach dem Abzug der Sowjets bekämpften sich die sieben bis dahin gemeinsam streitenden Mudjahedin-Gruppen. (mudjahed = der im Namen des Glaubens kämpft) Diese haben sowohl der Bevölkerung als auch dem Lande insgesamt mehr Schaden zugefügt, als die Sowjets während ihres Kampfes gegen diese sieben Parteien. Die verschiedenen Gruppen setzten sich aus den unterschiedlichen Regionen und Ethnien des Landes zusammen.

F: Gehörten die heute regierenden Taliban einer dieser Gruppierungen an?

Zum Teil. Einige der Taliban, unter ihnen auch ihr heutiger Kopf, Mullah Omar, kämpften damals gegen die Sowjet-Armee. Nach ihrem "Rückzug" 1989 gingen viele von ihnen wieder nach Hause. Für sie war der Krieg beendet. Andere waren damals noch viel zu jung, um mitzukämpfen. Sie wuchsen in den Flüchtlingslagern im Norden Pakistans (Paschtunistan und Belutschistan) auf

und besuchten dort die Koranschulen, u.a. jene der Hezb-e-Ulemai-Islami, einer Partei, die sich schon lange für einen islamischen Staat Pakistans engagierte.

F: Wie sind die Taliban, obwohl im Bürgerkrieg zunächst kaum engagiert, dennoch zu einer festen Größe in diesem Krieg geworden?

Die Zerstrittenheit der sieben Mudjahedin-Gruppierungen sowie die Ohnmacht der damaligen Rabbani-Regierung war der Anstoß zur Entstehung der Taliban-Milizen. Nach der Entmachtung der pro-sowjetischen Nadjibulah-Regierung und der Machtübernahme der Mudjahedin begannen die Machtkämpfe zwischen den einzelnen Gruppen. Nachdem die Regierungsbildung gescheitert war, da der Führer der Hezb-e-Islami, Hekmatjar, sich nicht mit dem Ministerpräsidenten-Posten hatte zufrieden geben wollen, kam es vor allem zu erbitterten Kämpfen zwischen seinen und den Truppen des Präsidenten Rabbani und seines Verteidigungsministers Massud. Bei diesen Kämpfen erlitt die Hauptstadt Kabul die schwersten Zerstörungen, es wurden für das Land unübliche Kriegsverbrechen begangen, so z.B. Vergewaltigungen und ethnozentrisch motivierte Gewalttaten. Im ganzen Land herrschte Chaos, es wurden Menschen gefoltert und bestialisch umgebracht, nur weil sie der jeweils anderen Ethnie angehörten. Die herkömmliche Staatsgewalt konnte dieser Dinge nicht mehr Herr werden. Zu dieser Zeit entstand die Taliban-Bewegung unter der Führung Mullah Omars in Kandahar im Süden Afghanistans: als eine Art Schutzinstanz vor diesen Kriegsverbrechen. Später wurde die Bewegung von Pakistan, aber auch von Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten massiv unterstützt.

F: Gab es zu dieser Zeit keine andere Unterstützung für die eine oder andere Kriegspartei aus dem Ausland?

Nach dem Abzug der Sowjets und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ließ das Interesse und das Engagement des

Westens – allen voran der USA – schlagartig nach. Es gab zunächst keine Wirtschaftshilfen mehr. 1993 zog sich sogar die Hilfsorganisation USAID aus Afghanistan zurück. Der Weg war bereitet für die pakistanischen Interessen, welche nun intensiver verfolgt werden konnten.

F: Wie sahen diese Interessen aus?

Nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums wurden die teils sehr ölreichen zentralasiatischen Republiken wichtige Handelspartner für die Länder in der Region. Pakistan wollte mit Hilfe amerikanischer Unternehmen Öl- und Gas-Pipelines durch das afghanische Territorium bis zum Indischen Ozean ziehen und versprach

sich davon einen enormen wirtschaftlichen Impuls. Dies konnte jedoch nur zustande kommen, wenn es gelang, den Krieg in Afghanistan zu beenden. Aber solch ein Friede war ohne die Paschtunen nicht zu machen: Sie sollten in der neuen Regierung Afghanistans die Oberhand haben. Die Verwandtschaft dieser Ethnie auf beiden Seiten der Grenze und ihr Einfluß bis in höchste Machtzentren der pakistanischen Regierung, der Armee und des Geheimdienstes ISI, könnte damals ausschlaggebend für die Unterstützung der Paschtunen-Gruppierungen gewesen sein. Dies trifft auf die Truppen von Hekmatjar, aber v.a. später auf die Taliban-Bewegung zu.

F: Wie konnten schließlich die Taliban an die Macht gelangen?

Erstmal profitierten sie von den internen Machtkämpfen der Mudjahedin-Gruppen. Dann hatten sie die Unterstützung Pakistans, welches für sie sowohl im Westen als auch in den arabischen

Ländern geworben hat. Hier ging es wie gesagt u.a. um verwandtschaftliche Verbindungen und um die Möglichkeit der Einflußnahme, welche mit wirtschaftlichen Vorteilen verknüpft war. Die USA hatten v.a. das Interesse, die Pipelines zu bauen, um an das zentralasiatische Öl zu kommen. Außerdem versprachen sie sich von den Taliban Verbündete im Kampf gegen Drogen, denn Afghanistan ist der größte Opiumproduzent der Welt.

Und Saudiarabien schließlich fand Gefallen an dem sunnitisch-fundamentalistischen Kurs der Taliban – vielleicht auch in Abgrenzung zu den Schiiten im Iran.

Durch die massive Unterstützung dieser "Interessenten" und gleichzeitig durch die Hoffnung der Bevölkerungsmehrheit, endlich in Frieden leben zu können, gelangten die Taliban an die Macht.

F: Wie erklärt sich der Rigorismus, mit dem die Taliban dann ihre Herrschaft durchsetzten? War es von An-

fang an klar, daß die Taliban die Scharia (islamisches Rechtssystem) einführen würden?

Daß die Taliban die Scharia einführen würden, war klar. Dafür gibt es zwei Gründe:

Zum einen haben sich die Taliban mit nichts anderem so intensiv beschäftigt, wie mit dem Koran. In den Flüchtlingslagern in Pakistan haben sich ausschließlich die religiösen Gruppierungen um die Erziehung der Flüchtlingskinder gekümmert. Sie wurden von den "gebildeten westlichen" Afghanen einfach "vergessen".

Zum anderen war das Ziel der Taliban, um jeden Preis Recht und Ordnung zu schaffen. Dies war scheinbar nur über den Umweg möglich, sich rigider religiöser Maßnahmen und einer entsprechenden Kontrolle zu bedienen. Dies verhalf den Taliban zumindest zu Beginn zu hohem Ansehen bei der vor Ort lebenden afghanischen Bevölkerung, die extrem unter dem vorher herrschenden Chaos litt. Später wurde diese Form



1979: Afghanische Soldaten feiern den Abschluß eines sowjetischen Panzers. Damals scheiterte die sowjetische Armee. Was wird aus den us-amerikanischen und britischen Armeen? Archiv

der Herrschaft zum Selbstläufer, und vieles lief aus dem Ruder. Durch eine übersteigerte Identifikation mit dem Paschtunentum sowie durch übertriebenem religiösen Wahn erschreckten die Taliban viele der unter ihrer Herrschaft leidenden Ethnien, aber auch viele Menschen in ihren Nachbarstaaten.

F: Und wie kommt nun Osama ibn Ladin ins Spiel?

Das hat eine lange Vorgeschichte: Als die Sowjets aus Afghanistan vertrieben werden sollten, wurde Osama ibn Ladin durch die CIA ausgebildet. Er kämpfte auf der Seite der Mudjahedin. Dann, als der Feind besiegt war, überwarf er sich mit den Amerikanern. Sein Haß wandte sich nun gegen ihre imperiale Politik. Er wurde für mehrere Anschläge gegen US-Einrichtungen verantwortlich gemacht und von den US-Behörden gesucht. Nachdem der Sudan kein sicheres Hinterland mehr für ihn war, floh er 1995 nach Afghanistan. Hier wurde er nicht nur aufgrund seiner Verdienste im Kampf gegen die Sowjet-Armee, sondern auch wegen des sprichwörtlichen

Gastrechtes der Afghanen aufgenommen. Seine Bedeutung wuchs, als seine Familie durch Heirat mit der Mullah Omars verwandt wurde.

F: Dieser Haß auf die einzig verbliebene Weltmacht USA, wie kommt der zustande? Gilt Amerika nicht als "Feindbild" in islamischen Gesellschaften?

Es sind nicht nur die islamischen Gesellschaften, in denen das "Feindbild Amerika" präsent ist. Aufgrund ihrer imperialen Politik: ihrer unterdrückenden Wirtschaftspolitik, die penetrante Verbreitung ihrer "McDonalds-Kultur", zahllose militärische und geheimdienstliche Interventionen sowie die Stationierung ihrer Truppen rund um den Erdball haben den Ruf der USA nicht gerade verbessert. In muslimischen Gesellschaften stoßen außerdem v.a. die Stationierung amerikanischer Truppen nahe den heiligen Stätten in Saudi-arabien, aber auch ihr einseitiges Engagement im Israel-Palästina-Konflikt, auf Ablehnung und Haß. Die Ausbreitung des "american way of life" ist nicht nur ein Problem für den Islam, sondern für alle Kulturen im arabischen und

mittelasiatischen Raum. Dies hängt mit ihrer elementaren Verschiedenartigkeit zusammen.

Dann gibt es noch ein Schlüsselerlebnis aus dem Golfkrieg: Als die "siegreichen Amerikaner" in einer Konfettiparade durch New York zogen, um ihren "Triumph" über den Irak mit weit über 100.000 überwiegend zivilen Opfern zu demonstrieren, wurde dieses Bild in den arabischen Staaten mit Entsetzen aufgenommen. Die Wirkung ist vielleicht mit jener vergleichbar, die die Bilder vom 11. September 2001 im Okzident hervorriefen. Wenn man sich dies zu Gemüte führt, kann man sich eine ungefähre Vorstellung davon machen, wie die derzeitigen Bilder von den Zerstörungen und Tötungen in Afghanistan, ausgelöst durch die amerikanischen Bombenangriffe, von vielen Menschen in der islamischen Welt aufgenommen werden – und welche Reaktion sie hervorrufen könnten.

Omar, das war wirklich ein aufschlußreiches Gespräch. Ich danke Dir für die vielen Informationen und für Deine Einschätzungen.

Demokratie erhalten

Der Terroranschlag vom 11. September hat nicht nur die internationale Politik, sondern auch das Zusammenleben an unserer Uni stark beeinflusst. Das Wort vom "Kampf der Kulturen" macht die Runde. Diesen Kampf zu verhindern ist nicht nur Aufgabe der Politiker, sondern jedes einzelnen. Wir rufen hiermit alle Studierenden an der WWU auf, sich weiterhin für Toleranz und Offenheit an den Universitäten und der deutschen Gesellschaft einzusetzen.

Ein weiteres Ziel der Terroristen ist es, unsere liberale Gesellschaftsform zu zerstören. Die Terroranschläge vor Au-

gen sind derzeit viele Bürger gewillt, einen Teil ihrer Freiheit für ein Mehr an Sicherheit zu opfern. Dabei müssen wir jedoch abwägen, welche Maßnahmen überhaupt sinnvoll sind. Die Aufweichung des Datenschutzes, die Rasterfahndung und der genetische Fingerabdruck gehören auf jeden Fall nicht dazu. Sie sind höchstens ein Mittel, dass Miss-trauen zwischen

den Bürgern noch zu verstärken. Wir dürfen den Terroristen nicht ihre Arbeit abnehmen, indem wir selbst unseren Rechtsstaat aushöhlen!

Sven Pastoors



Stürzt die Demokratie auch ab?

Islamische Gemeinschaft in Münster verurteilt Terror und Gewalt gegen Unschuldige

Die Gemeinschaft der Muslime in Münster ist erschüttert und entsetzt über die Serie der Terroranschläge in den USA. Wir und mit uns alle in Deutschland lebenden Muslime verurteilen diesen barbarischen Akt der Unmenschlichkeit aufs Schärfste. Wer immer die Drahtzieher der Anschläge sein mögen - ihr mörderisches Handeln könnte niemals mit den Grundsätzen jeglicher Religionen vereinbart werden. Alle, die einen falsch verstandenen Islam propagieren, sind gehalten sich Gedanken über folgenden Qur'anvers zu machen: „... wenn jemand einen Menschen tötet, ... **so soll es sein, als hätte er die ganze Menschheit getötet; und wenn**

jemand einem Menschen das Leben erhält, so soll es sein, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten ...“ (Qur'an [5:32]) Wir sind besorgt über bereits reichlich stattfindende haltlose und pauschale Beschuldigungen gegenüber Muslimen. Es wird befürchtet, dass diese Anschläge zur weiteren antiislamischen Stimmungsmache missbraucht werden. Der Friede in der Welt ist ein gemeinsames Anliegen aller Religionen, deshalb sollten wir auch gemeinsam zu dem einen Gott beten.

Möge der Herr dieser Welt das friedliche Zusammenleben der Menschen aus

verschiedenen Völkern, Kulturen und Religionen miteinander in Deutschland und weltweit beschützen.

In dieser schweren Stunde gilt unsere volle Solidarität dem amerikanischen Volk und den Familien der Opfer.
Nahil Ghanem,
Vorsitzender

Im Namen Allahs, des Allerbarbars, des Barmherzigen
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT IN MÜNSTER e.V.



Fachschaften-Forum lehnt Militärschläge der U.S.A. ab

In einer Resolution für das Studierendenparlament der Universität Münster hat das Fachschaften-Forum die Militärschläge der U.S.A. und Großbritanniens als untauglich für die Bekämpfung des Terrorismus kritisiert. Mit den Reaktionen der beiden NATO-Staaten auf die Anschläge in den U.S.A. werde die Spirale der Gewalt weitergedreht. Es wurde klargestellt, dass die Aufgabe der „zivilisierten“ Welt die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus sein muss. Daher wurde eine Perspektive für die in bitterer Armut lebenden Menschen in Afghanistan in ökonomischer, sozialer, bildungs- und entwicklungspolitischer Hinsicht gefordert. Zugleich wurden noch einmal die brutalen Terrorakte vom 11. September diesen Jahres verurteilt und gefordert, die verantwortlichen Hintermänner zu ergreifen

und vor ein internationales Gericht zu stellen. Aus diesen Gründen und in großer Sorge um den Frieden der Welt wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich nicht an kriegereischen Hand-

**Fachschaftenforum
fordert Diskussion der
Militärschläge auch innerhalb der Studierenden-
schaft**

lungen, und sei es nur durch logistische Unterstützung, gegen Afghanistan zu beteiligen. Stattdessen soll die Bundesregierung für ein maßvolles und friedliches Handeln eintreten, das es erlaubt, die Täter ohne militärische Angriffe auf ein Land und dessen Be-

völkerung zur Verantwortung zu ziehen. Mit einer Einbringung in das Studierendenparlament sollte das Thema innerhalb der Studierendenschaft auf eine breite Ebene gestellt werden, welches die RCDS- und LSI-Fraktionen durch Verlassen der Sitzung und daraus resultierender Beschlussunfähigkeit des Parlaments verhinderten. Dass der RCDS und die LSI sich in einer solch feigen und unverantwortlichen Weise der Diskussion entziehen ist ein unglaubliches janusköpfiges Verhalten, zumal die Fraktion des RCDS zu Anfang eine Gedenkminute für die Opfer der Terroranschläge forderte, die dann als Gedenkminute für alle Opfer jeglicher Gewalttaten abgehalten wurde.

Jens Markus Deckwart

Der Zentrale Wahlausschuß

für die Studierendenparlaments-, Fachschaftsvertretungswahlen und ASV-Wahlen

sucht für die Zeit vom 26.11.-30.11.2001

Wahlhelferinnen und Wahlhelfer

zur Betreuung der Wahlurnen und für die anschließende Auszählung vom 30.11. abends bis evtl. Sonntag,
den 2.12.2001.

Arbeitszeit während der Wahlwoche ist 8.45-18.15h.

Bezahlung: 15,-DM/h brutto/netto je nach Beschäftigungsverhältnis.
Nachtarbeit während der Auszählung wird mit Zuschlag vergütet.

Interessenten tragen sich bitte werktags in der Zeit von 9-16 Uhr in die ausliegenden Listen im AStA-Büro
ein, und zwar bis zum 9.11.2001

Nachfragen bitte per mail an zwa@uni-muenster.de oder im AStA-Büro.

Der Wahlleiter
Michah Weissinger

Der Zentrale Wahlausschuß

für die Studierendenparlaments-, Fachschaftsvertretungswahlen und ASV-Wahlen

sucht für die Zeit vom 19.11.-3.12.2001

2 flexible Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer (Dauerspringer)

zur Unterstützung des ZWA (z.B. Erstellung der Wahlzettel, Arbeiten am Computer und Hol- und
Bringdienste.)

Arbeitszeit: Während der Wahlwoche (26.11.-30.11.2001) und in der Woche davor nach Absprache, evtl.
nach Wunsch und Vermögen auch schon früher. (Zeit mitbringen!)

Qualifikationen: Kenntnisse in SPSS und Excel sind von Vorteil.

Bezahlung: 15,-DM/h brutto/netto je nach Beschäftigungsverhältnis.
Nachtarbeit wird mit Zuschlag vergütet.

Interessenten schicken ihre Bewerbung bitte bis zum 2.11.2001 an
ZWA, Schloßplatz 1, 48149 Münster
oder per mail an zwa@uni-muenster.de
Nachfragen bitte ebenfalls per mail.

Der Wahlleiter
Michah Weissinger

Außeruniversitäres Engagement als Mehrwert

Zu Beginn des neuen Semesters hat es wieder viele interessierte Studierende an die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster gezogen. Fragt man die Erstsemester, was sie von dem Lebensabschnitt Studium erwarten, so treten viele verschiedene Gedanken und Motive auf. Einige studieren um der wissenschaftlichen Erkenntnis willen, andere haben klare Ziele vor Augen und wollen so schnell wie möglich einen so gut wie möglichen Studienabschluss haben, sei es in der Form des Staatsexamens, des Diploms oder des Magisters.

Für die meisten Studierenden sind bessere Berufsperspektiven mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium verbunden, man erhofft sich ganz einfach ein höheres Einstellungsgehalt und eine nach oben hin offene Karriereleiter. Doch diese Hoffnungen erfüllen sich nicht ganz so einfach, wie es sich die meisten Studierenden erhoffen. Die ersten Scheine sind zwar schnell gesammelt, doch irgendwie fehlt im Lebenslauf das I-Tüpfelchen, nach welchem Personalmanager bei der Auswahl sowohl von Praktikanten, als auch von Berufsanfängern mit ansonsten gleichen Qualifikationen suchen. Dieses I-Tüpfelchen macht den Mehrwert des Bewerbers aus, es grenzt ihn positiv von der Masse der anderen Bewerber ab.

„Jeder Vorgesetzte verlangt heute mehr als ein ‘einfaches’ Hochschulstudium. Engagement über das Normale, das Notwendige hinaus ist gefragt“, schrieb Prof. Dr. Miriam Meckel einmal als Vorwort einer Informationsbroschüre über Studierendeninitiativen.

Eine Möglichkeit, Engagement über das Normale hinaus zu praktizieren ist die Liberale Studierenden Initiative (LSI) an der Universität Münster. Die LSI ist eine hochschulpolitisch aktive Gruppe, die in verschiedenen Gremien und Ausschüssen an der WWU vertreten ist, unter anderem hat sie auch fünf von 31 Sitzen im Studierendenparlament.

Doch was ist gerade das Besondere an der LSI im Vergleich zu anderen hochschulpolitischen Gruppen wie dem

RCDS oder der JUSO-Hochschulgruppe? Die LSI trägt das Adjektiv Liberal im Namen. Eine direkte Verbindung zur FDP herzustellen, wäre dabei aber ein Fehler. Liberalismus bedeutet für die LSI, nach der größtmöglichen Freiheit jedes Einzelnen zu streben. So haben die Mitglieder bei der LSI die Freiheit, in anderen politischen Organisationen und Parteien zu partizipieren. Die Studierenden, die bei der LSI „mitmachen“, sind teilweise Mitglied bei der SPD, der FDP oder aber auch der CDU. Der LSI kommt es nicht auf ideologische Grabenkämpfe an, sondern auf pragmatische Lösungen. Und je bunter eine hochschulpolitische Liste gemischt ist, umso stärker werden berechnete Aspekte berücksichtigt und gehen in das Ergebnis ein.

Hochschulpolitisches Engagement bei der LSI ist mehr, als sich in endlosen Debatten über die Weltrevolution zu erschöpfen. Die LSI setzt sich für die studentischen Belange vor Ort in Münster ein, ohne dabei den Weitblick zu verlieren.

Die LSI lädt jeden ein, mit ihr gemeinsam Ziele zu definieren, nette Leute kennenzulernen, hochschulpolitisch aktiv zu sein und sich außeruniversitär zu engagieren, auch um so an seinem eigenen Mehrwert zu arbeiten. Treffpunkt ist das Kleine Brauhaus (Hollenbecker Str. 31, zwischen der Jüdefelder Straße und der Kreuzstraße), jeden Dienstag, um 20.00h!

David Juncke



Das I-Tüpfelchen: Gewichtheben - vor allem mit dem Kopf - muß nicht sein, hochschulpolitisches Engagement tut's vielleicht ja auch, um den Personalchef zu überzeugen?

Neues Grundsatzprogramm des RCDS Der Zukunft offen begegnen

Auf seiner 54. Bundesdelegiertenversammlung (2001) hat der RCDS sich ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Damit hat der größte hochschulpolitische Verband Deutschlands die Weichen für die Zukunft gestellt, um für eine wertbezogene Politik jenseits von Orientierungslosem Pragmatismus und dogmatischen Ideologien einzutreten.

Ring

Zu einem Ring, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten, haben sich im Jahre 1951 unabhängige Hochschulgruppen gleichberechtigt zusammenge-



Andreas Hadamitzky, RCDS-Vorstand
-RCDS

schlossen, um studentische Interessen in Hochschule und Gesellschaft wirksam zu vertreten und politische Konzeptionen zur Gestaltung unserer Gesellschaft zu entwickeln und zu verwirklichen. Aus dieser Zielsetzung heraus hat sich ein bundesweit aktiver Verband entwickelt.

Christlich

Das C bedeutet für den RCDS, dass seine Politik auf dem christlich-abendländischen Menschenbild basiert. Christlich geprägte Werte und das Leitbild einer Verantwortungsethik bilden die Grundlage seiner Programmatik und seines Handelns.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der RCDS nur für Studenten einer bestimmten Konfession oder religiösen Überzeugung offen steht. Vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes können Menschen verschiedener religiöser oder konfessioneller Überzeugung gemeinsam Politik machen.

Demokratisch

Das Zusammenleben von Menschen erfordert einen intakten gesellschaftlichen Grundkonsens, der auf demokratischen Tugenden gründet. Die Mitgestaltung dieses Grundkonsenses in der Gesellschaft gehört zum Verbandsverständnis des RCDS. Er begreift sich als Teil der Gesellschaft und vertritt studentische Interessen nicht isoliert, sondern in der gesellschaftlichen Vernetzung.

Studenten

Der RCDS ist offen für alle Studentinnen und Studenten, die das christlich-abendländische Menschenbild und die Grundwerte des RCDS als Grundlage für ihr Denken und Handeln nehmen und bereit sind, für sich und ihre Mitmenschen Verantwortung zu tragen. Als selbständiger Verband legt der RCDS seine Politik eigenständig fest. Zur Verwirklichung seiner Vorstellungen sucht er Kontakte zu allen demokratischen Parteien und Organisationen im politischen und vorpolitischen Raum.

Grundwerte des RCDS

Die Grundwerte des RCDS orientieren sich an der unveräußerlichen und unantastbaren Würde des Menschen. Es sind dies *Freiheit*, *Gleichheit*, *Gerechtigkeit*, *Solidarität* und *Toleranz*. Diese Grundwerte stehen in einem gewis-

sen Spannungsverhältnis zueinander, dessen Bestimmung eine besondere Bedeutung zukommt.

Freiheit

Freiheit bedeutet für den RCDS die Möglichkeit, sich selbst Ziele zu setzen und diese verfolgen zu können. Die Freiheit eines anderen nicht anzuerkennen, verletzt seine Würde. Auf der Basis eines Minimalkonsenses muß gesichert sein, daß ein jeder nach seinen Anlagen, Neigungen, Interessen, Fähigkeiten, Wertvorstellungen und Meinungen seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Nur so kann der Verschiedenheit der Menschen entsprochen werden.

Der RCDS geht von der Mündigkeit des Menschen aus. Er erstrebt daher ein möglichst hohes Maß an Selbständigkeit für den Menschen. Freiheit und Verantwortung, die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten bedingen einander. Nur in ihren gesellschaftlichen Konkretisierungen kann bestimmt werden, in welchem Umfang Freiheitsräume einzelner eingeschränkt werden dürfen.

Gleichheit

Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen bestimmen den Gleichheitsbegriff des RCDS. Unterschiede zwischen Menschen bedingen keine verschiedene Wertigkeit des Menschen. Wo Chancengleichheit nicht gegeben ist, wird die individuelle Handlungsfreiheit eingeschränkt. Aufgrund der Verschiedenheit der Menschen führen gleiche Chancen nicht zur Gleichheit der Resultate.

Die Herstellung von Startgerechtigkeit findet nicht einmalig statt. Vielmehr gibt es immer wieder Lebensphasen, bei denen Startgerechtigkeit gewährleistet sein muß. Dies gilt insbesondere für die Ermöglichung eines Hochschulstudiums für jeden, unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern, abhängig nur von der persönlichen Qualifikation.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Sie kann nicht im Sinne einer allgemeingültigen Theorie, die einen Absolut-



Christoph Suttman, RCDS-Fraktion

heitsanspruch erhebt, konzipiert werden, sondern ist im Kontext des menschlichen Verhaltens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu betrachten. Um die Frage einer gerechten Behandlung zu lösen, müssen die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihre individuelle Verschiedenheit als maßgebliche Kriterien gelten. Für Gerechtigkeit einzutreten heißt, Freiheit und Gleichheit für andere zu verwirklichen.

Solidarität und Eigenverantwortung

Solidarität verpflichtet zum Eintreten für andere, besonders für Benachteiligte. Als kultureller Ausdruck der Sozialnatur des Menschen verwirklicht sie sich in der persönlichen Hinwendung von Mensch zu Mensch. Solidarität darf sich nicht im Ma-

teriellen erschöpfen, sondern zielt auf Anerkennung und Förderung aller. Sie ist da besonders wirksam, wo sie Hilfe zur Selbsthilfe leistet. Eigenverantwortung ist zugleich Freiheitsrecht und Verpflichtung. Solidarität benötigt diese Eigenverantwortung, um die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der solidarisch Handelnden nicht zu beeinträchtigen oder gar zu zerstören.

Toleranz und Legitimität von Konflikten

Toleranz äußert sich in der Bereitschaft, andere Meinungen, Handlungsweisen und Lebensgestaltungen zu respektieren. Sie beruht auf der Anerkennung der Würde des anderen und der Erkenntnis der eigenen Irrtumsmöglichkeit. Intoleranz beeinträchtigt die Freiheitsrechte eines anderen. Die Gesellschaft muß sich jedoch dort wehrhaft zeigen, wo ihr freiheitliches Fundament bedroht wird.

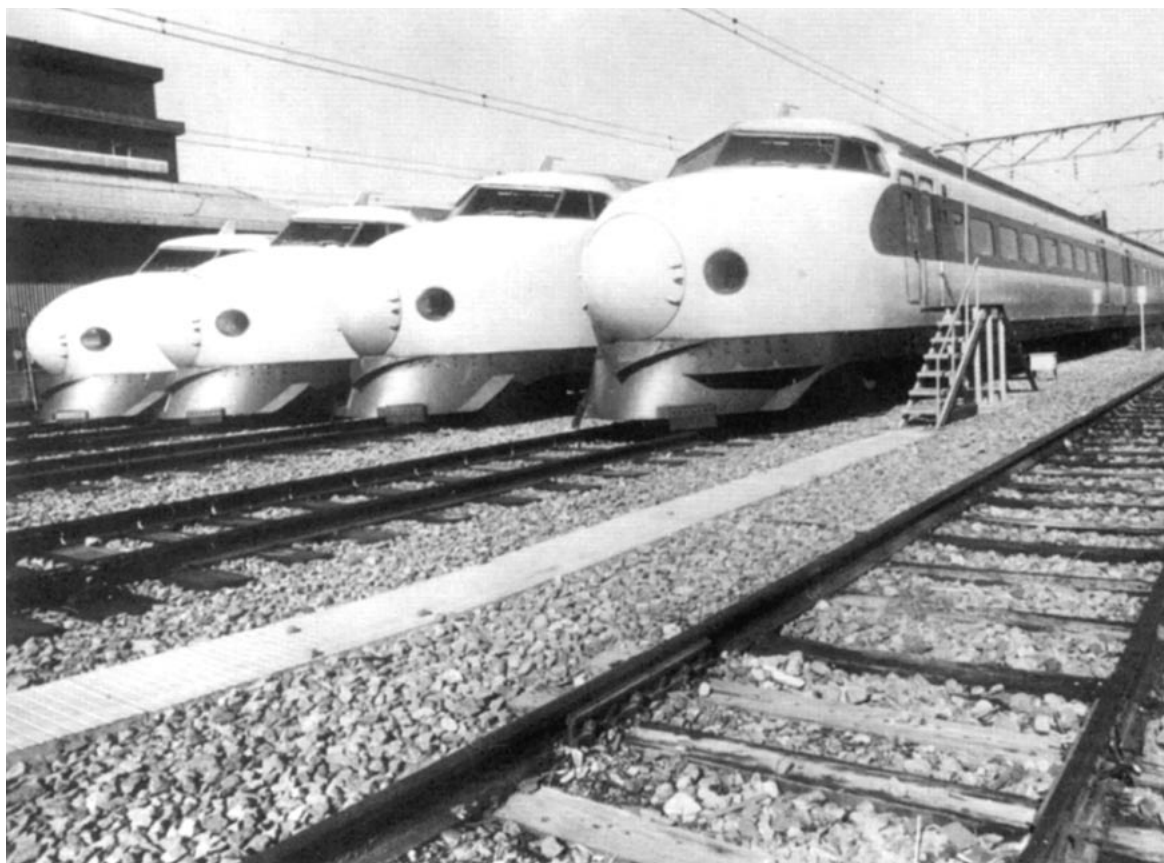
Aus der Anerkennung der Individuali-

tät und Verschiedenheit der Menschen folgt die Legitimität von Wettbewerb und Konflikt. Erst der Wettbewerb zwischen Ideen und Personen macht politischen und sozialen Fortschritt möglich. In einer Gesellschaft existieren legitime Interessenkonflikte. Die Austragung dieser Konflikte nach allgemein akzeptierten Regeln darf nicht durch einen falsch verstandenen Toleranzbegriff verhindert werden. Es gilt jedoch, dabei die Würde des anderen zu respektieren.

RCDS vor Ort

Der RCDS an der Uni Münster setzt sich für die Durchsetzung dieser Grundwerte in der Hochschulpolitik ein. Der RCDS Münster steht allen Studierenden offen, die sich zu den Grundwerten *Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität* und *Toleranz* bekennen. Der Erfolg spricht für sich: So wird der RCDS Münster seit Jahren bei Wahlen zum Studierendenparlament (SP) stärkste Kraft.

Andreas Hadamitzky, Christoph Suttman, RCDS Münster



Der RCDS unter Dampf: Neues Grundsatzprogramm des RCDS verabschiedet

Examen?

Für solche Fragen habe ich wirklich keine Zeit!

Viele Lehramtsstudierende kennen das Problem oder werden es noch kennen lernen: Man möchte sich zum Examen anmelden, hat aber keine Ahnung, wie das geht. Der naheliegende erste Gang zum Prüfungsamt bringt schon mal die Anmeldeformulare und die Informationsveranstaltung des Prüfungsamtes hilft immerhin beim Ausfüllen dieser Formulare. Häufig bleiben viele Fragen allerdings offen.



Infos übers Examen gibt's per Stille Post, oder bei Andreas im AStA

Konkrete Fragen zu möglichen Prüfungsschwerpunkten und Themen werden vorzugsweise mit dem Satz „Fragen Sie in den Fächern nach“ (nicht) beantwortet. Das wäre nicht weiter schlimm, bekäme man in den Fächern nicht die Antwort: „Fragen Sie beim Prüfungsamt nach!“ Im Übrigen ist es in den Fächern häufig auch nicht klar, an wen man sich wenden kann, denn sonst wäre man ja schon längst dahin gegangen ...

Aus diesen Erfahrungen ergibt sich zwangsläufig die Forderung nach einer

zentralen Anlaufstelle für Examenkandidatinnen und -kandidaten. Eine Anlaufstelle, die von Anfang bei allen Fragen zu allen Fächern helfen kann. Dadurch kann vermieden werden, dass viele Studierende die Anmeldung zum Examen nur deshalb vor sich herschieben, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen.

Diese Aufgabe sollte entweder das Prüfungsamt übernehmen und endlich eine qualifizierte Beratung mit Geduld für alle Anfragen anbieten. Oder die Zentrale Studienberatung (ZSB).

Leider kenne ich niemanden, der die ZSB als Informationsquelle genutzt hat. Wahrscheinlich gilt hier dasselbe, was auch für die Ersti-Beratung gilt: Allgemeine Fragen werden beantwortet und Studien-/Prüfungsordnungen gibt es en masse, aber bei weitergehenden Problemen wird man an andere Stellen verwiesen. Würde man hier an Prüfungsamt und die Fächer verwiesen, dann wäre dies wohl nicht gerade hilfreich. Solange es noch keine kompetente, zentrale Beratungsstelle fürs Lehramts-examen gibt, versucht das Lehramts-

referat des AStA diese Lücke zu schließen und bietet eine Examensberatung für Sekundarstufe II und I an. Selbstverständlich können in dieser Beratung weder rechtsverbindliche Auskünfte gegeben werden, noch hat sie den Anspruch, alle Fragen beantworten zu können. Allerdings bietet sie die Hilfe des „älteren Studierenden“ an, der sich bei den meisten Studierenden als am nützlichsten erwiesen hat. Denn wer kann am besten weiterhelfen, als jemand, der das Examen bereits hinter sich gebracht hat und dadurch viele Tipps und Hinweise geben kann, die es in keinem Info gibt. Vor allem hat die AStA-Examensberatung Zeit und Geduld für euch und schickt euch nicht mit den Worten „Für solche Fragen habe ich nun wirklich keine Zeit“ weg. Die Examensberatung findet jeden Dienstag, 14-15 Uhr und jeden Donnerstag, 11-13 Uhr, im AStA-Häuschen (Schlossplatz 1) im Büro des Lehramtsreferat (Raum 205 im 1. Stock) statt. Eine individuelle Beratung außerhalb der normalen Präsenzzeiten ist ebenfalls möglich. Meldet euch unter asta.lehramt@uni-muenster.de oder telefonisch unter 83-22295.

Andreas Haenlein



Eine Sekte rief...

...und Münsters Bürger kam

Am 2. April fand in Münster die Veranstaltung „2000 Jahre blutige Kirchengeschichte und die neue Inquisition“ statt. Eine Initiative „Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“ hatte zu einem Vortrag des „Kirchenkritikers“ und ehemaligen Theologiedozenten Prof. Dr. Hubertus Mynarek über den „größten Völkermord aller Zeiten“ geladen. Und: ca. 150 Menschen jeglicher politischer Couleur eilten zum „Guru der Kirchenkritik“.

Das Flugblatt, das im Vorfeld der Veranstaltung in Münster kursierte, sah auf den ersten Blick harmlos aus - vollkommen unpolitisch. Auf den zweiten Blick fiel aber auf, dass der Holocaust in eine Reihe gestellt wird mit allen „anderen Verbrechen der Kirche“. Wenn das nicht eine Form – auch in strafrechtlicher Hinsicht – der Leugnung und Relativierung des Holocaust ist?

Auch der Referent hat es in sich: Mynarek, exkommunizierter (Sprich: Ihm wurde die Lehrerlaubnis von der Kirche entzogen und er wurde aus der katholischen Glaubensgemeinschaft herausgeworfen) ehemaliger Theologiedozent an der Universität Wien, verkauft sich „mit seinem ökologischen Anspruch und seiner gepflegten Rolle als Opfer von „Verfolgungen der katholischen Amtskirche“ nicht ungeschickt als progressiv.“

Aber im Gegensatz zu seinem progressiven Ansehen beruft er sich auf eine „geistige Traditionslinie von den ersten bedeutenden völkischen Theoretikern Deutschlands, Legarde und Langbehn, über den NS-Theologen Hauer [...bis zur] Theologin der extremistischen Neuen Rechten der 70er/80er Jahre Hunke“. Diese Traditionslinie beschreibt einen „antisemitisch-antichristlichen, romantisch-zivilisationskritischen, völkischen und organisch-biologistischen“ „germanischen Glauben“. Mynarek beruft sich „distanzlos“ auf die Arbeit von Sigrid Hunke, die diesen Glauben in den 70er und 80er Jahren verwissenschaftlicht hat.



Jan Große Nobis schreibt regelmäßig für Münsteraner Zeitschriften u. a. über antifaschistische Themen

Mynarek „arbeitet die organisch-biologistische Weltansicht [...] mit deutlich antidemokratischen Konsequenzen heraus und sucht hierüber wie über seine Zivilisationskritik (bisher weitgehend erfolglos) Anschluss an die Ökologiebewegung [...]. Er verbindet organische Gesellschaftslehre, germanische Mythologie (z. B. Naturmythologie und die geringer Wertestufung individuellen Lebens gegenüber dem Überleben der Sippe).“ Wenn das keine völkische Naturreligion ist, was dann?

So trat er auch als Referent für die rechtsextreme Sekte der Unitarier und bei dem rechtsextremen Schulungswerk „Collegium Humanum“, das vom „ehemaligen ‘Reichsamtseiter in der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude’, Werner Georg Haverbeck“ geleitet wird, auf. Ebenso schrieb er auch ein Rechtsgutachten im Auftrag der bayrischen

Staatsregierung über die „urchristliche“ Sekte „Universelles Leben“, auf Grund dessen 1990 dieser Sekte erlaubt wurde, in Bayern Schulen einzurichten. In dessen Verlag „Weißes Pferd“ hat er auch schon publiziert, sein Verhältnis zum „Universellen Leben“ ist eher – um es freundlich auszudrücken – unkritisch: „Zwar hat sich das UL nie mit Faschismus und Antisemitismus befleckt...“.

Hier sind wir auch schon bei dem „Universellen Leben“: „Fachleute und Aussteiger schätzen sie als äußerst gefährlich ein.“ Sie ist eine antisemitische Sekte, geführt von der „Prophetin der Endzeit“ Gabriele Wittek, und hat schon im Raum Würzburg ein Wirtschaftsimperium aufgebaut, bestehend aus Krankenhäusern, Schulen, Hotels, Bauunternehmen etc. Nicht nur Mynarek hat Kontakte zu dieser Sekte, sondern auch der auf dem oben genannten Flugblatt als Sprecher der Initiative „Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“ genannte Ralf Speis gehört zur Sekte „Universelles Leben“. Laut Vereinsregister wurde er 1992 in den Vorstand dieser Sekte gewählt.

Hier schließen sich die Kreise: Mynarek mit seiner völkischen Naturreligion ist Autor eines Verlages vom „Universellen Leben“ („UL“), schreibt Gutachten pro „UL“, referiert für die Initiative „Kirchendenkmal“, Speis der „Sprecher“ dieser Initiative ist im Vorstand dieser Sekte. So scheint diese Initiative, die ja per Flugblatt erst mal so harmlos daherkommt, eher ein Trojanisches Pferd der „UL“ zu sein und einige Münsteranerinnen und Münsteraner sind da einem gefährlichen Bock aufgesessen.

Jan Große Nobis

Literatur:

Jungen, Hans-Walter: *Universelles Leben. Die Prophetin der Endzeit und ihr Management*, Knauer Verlag, Augsburg, 1998

Kratz, Peter: *Zu Hubertus Mynarek*, Bonn, 1988 = <http://home.snafu.de/biff/Mynarek.htm>

Kratz, Peter: *Die Götter des New Age*, Elephanten Press, Berlin

„Ich lege keinen Wert auf Knall“

Roman Signers Zeichnungen und Videos im Westfälischen Landesmuseum



Positionen moderner und zeitgenössischer Kunst waren in den letzten Jahren im Westfälischen Landesmuseum vor allem in den Bereichen Zeichnung und Skulptur zu besichtigen. Die 90 Aktionsskizzen und 204 Kurzvideos

von Roman Signer, die die gegenwärtige Ausstellung präsentiert, knüpfen zugleich in beiden Kategorien an diese Ausstellungstradition an. Vor vier Jahren wurden mit den Skulpturprojekten - an denen auch Signer mit seinem *Spazierstock* (1995/1997) und der *Fontana di Piaggio* (1995) teilnahm - nicht nur Kunst in Münsters öffentliche Räume, sondern auch Marken im diskursiven Feld gesetzt. Und für den Zusammenhang von Zeichnungen und verwirklichten Skulpturen konnte mit der Werkschau von Arbeiten des früh verstorbenen New Yorker Künstlers Gordon Matta-Clark 1999 auch wegweisend Konzeptionelles vorgestellt werden. Die Zeichnung als Handlungsanweisung bezieht sich bei Signer aber mehr auf das Ereignis als auf ein manifestes Ergebnis. Keine demontierte Architektur steht bei Signer am Ende der Aktion, sondern der Ablauf selbst ist entscheidend und entschieden weniger wichtig: Ein in den Boden sackender Tisch, ein von einer Rakete zerschossener

Luftballon, von Wasserstrahlen bewegte Klappen oder Leitern. Die Beschäftigung mit physikalischen Prozessen und deren menschlichen Kanalisierungen, die der 1938 geborene Schweizer Künstler anstellt, vollzieht sich alles andere als pompös. Die sachliche Umsetzung aufs Papier erscheint dabei wie eine Mischung aus Bauzeichnungen und Tafelbildern aus dem Physikunterricht. Witziger als diese sind sie jedoch allemal. Die Spannung vor dem Fall, das Erwarten der kommenden Bewegung, wie beim Sandsack, der von einer Zündschnur auf einen Tisch fällt (*Warten auf den Fall*, 1986) oder der Tisch, der durch eine sich füllende Regentonne im Boden versinkt (*Ohne Titel*, 1986) werden nicht ohne Humor bei der oder dem Betrachtenden als existentielle Erfahrungen abgerufen. Signer erweiterte mit seinen hier in Super 8-Filmen dokumentierten Aktionen den Skulpturbegriff um zeitliche und räumliche Ebenen. Er setzte damit nicht zuletzt seine Abneigung um, Skulpturen, nicht gerne der Architektur unter zu ordnen. Vergänglichkeit und Flüchtigkeit seiner Arbeiten zeugen insofern auch von Konsequenz.

Mit den künstlerischen Taten keine Spuren zu hinterlassen erinnert an die Ansprüche der Situationisten und ihrer als Kritik der städtischen Geographie formulierten unsichtbaren Architektur. Aber Signers Bezugs- und Aktionsrahmen ist nicht die Stadt, sondern die Landschaft. Ganz anders als auch Matta-Clark mit der vorgefundenen Architektur operiert, nämlich zerschneidend, durchlöchernd, eben umgestaltend, arbeitet Signer mit der Natur und bezieht sie als vermeintliche Ordnung mit ein. Gerade der Eingriff des künstlerischen Subjekts in die vorgefundene Umgebung wirft die Frage nach Lenkbarkeit und Zufall auf. Für solch Wesentliches bleiben die Antworten Signers jedenfalls seltsam gesellschaftlos.

Jens Kastner

Roman Signer. Zeichnungen und Filme. Westfälisches Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte
22. September - 25. November 2001

He is back!

Diesen oder ähnlich klingende Sätze konnte man in den letzten Tagen und Wochen wiederholt aus den USA vernehmen. Gemeint ist die Rückkehr des Basketballspielers Michael Jeffrey Jordan in die amerikanische Profiliga NBA. Manch einer wird sich jetzt sicher fragen, weshalb erscheint an dieser Stelle ein Bericht über einen Sportler, der sich entschließt im biblischen Sportleralter von 38 Jahren noch einmal einem orangefarbenen Ball hinterher zu jagen. Lassen wir diese Einwände einmal hinter uns und betrachten die gesellschaftliche Reaktion auf die Wiederkehr des besten Basketballspielers aller Zeiten.

Börsianer, Analysten und Aktionäre an den amerikanischen Börsen brechen in spontanen Jubel aus, den man sonst nur südeuropäischen Mamas zutraut. Der Grund: die Kurse der Firmen, denen Mr. Jordan als Werbepartner dient, sind angesichts der neuesten Nachricht sprunghaft gestiegen. Des weiteren melden sich zahlreiche Größen aus der amerikanischen Politik zu Wort. Stellvertretend hierfür die Äußerung des ehemaligen US-Präsidenten Clinton. Er gibt zu Protokoll, dass er sich außerordentlich auf die Rückkehr des Sportlers Michael Jordan freue. Das erste Spiel des M.Jordan wird übrigens in New York stattfinden, Mr.Clintons neuem Wohnsitz. Und als Pensionär hat er ja genügend Zeit sich die eine oder andere Partie anzuschauen.

In Washington, wo Jordan nun für die nächsten 2 Jahre seine Sneakers schnüren wird, herrscht noch größere Euphorie als im Rest der USA. Die Hauptstadt, schwer gebeutelt durch die Terroranschläge im September, erwartet einen nicht unwesentlichen positiven, ökonomischen Effekt durch Jordans Rückkehr. Und in der Tat werden schon jetzt vermehrt Ticketanfragen für Basketballspiele der Washington Wizards bzw. Hotelbuchungen in der Stadt gemeldet. Das Merchandisinggeschäft, der Verkauf von Fanartikeln der Wizards, läuft seit dem Bekanntwerden von Jordans Comeback auf Hochtouren. Restaurantbetreiber in ganz Washington reiben sich vor Freude die Hände und in ihren Augen sollen auch schon die ersten Dollarzeichen zu sehen sein.

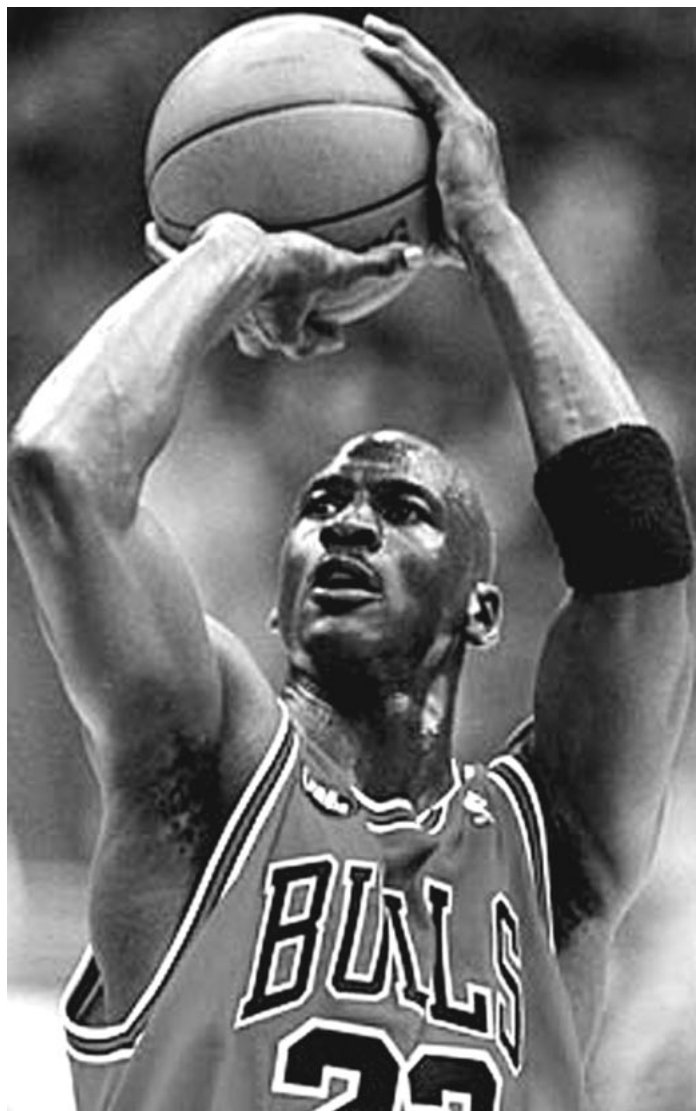
Alles Dinge von denen die Stadt Chi-

cago auch zu berichten weiß. Hier war Jordan von 1984-1993 und 1995-1998 tätig.

Die Stadt hat ihm übrigens im Jahr 1993 ein Denkmal für seine Leistungen errichtet, vermutlich als Anreiz für ein Comeback, denn zwischen '93 und '95 hatte er aus verschiedenen Gründen die Motivation verloren Basketball zu spielen. Er kehrte 1995 nach einem kurzen Abstecher zum Baseball in die NBA zurück und schon damals wurden weltweit Millionen T-Shirts mit der Aufschrift „He's back“ verkauft.

Die finanziellen Auswirkungen seines jetzigen Comebacks sollen 10 Milliarden Dollar betragen. Jordans eigentlicher Marktwert liegt noch erheblich darüber. Konzerne, die Stadt Washington, die übertragenden Fernsehsender, die NBA, es gibt viele Profiteure.

Die Gründe, warum die Person Michael Jordan einen solchen Hype auslöst, sind einfach. Die Menschen überall auf der Welt lieben die Art, wie er den Sport praktiziert und ihn äußerst erfolgreich ausübt. Diese Worte klingen zwar wie aus dem Mund eines Marketingmenschen der NBA, aber sie sind schlichtweg wahr. Sicherlich ist er in seinen frühen Profijahren, geschickt von den Medien und Marketingexperten, zu einem Basketballspielenden Übermenschen aufgebaut worden, aber der Mensch eignet sich einfach zu einem Botschafter in Sachen Basketball. Nicht ohne Grund hat der Basketball seinen globalen Siegeszug durch und mit ihm zu Beginn der Neunziger angetreten. Durch sein unglaublich faszinierendes, athletisches Kön-



Michael Jordan: Er ist wieder da!

nen gepaart mit einem absoluten Gespür für richtige Entscheidungen in wahrhaft nervenzerreißenden Spielsituationen, hat er es geschafft, dass in den Jahren seiner Karriere immer im Juni, selbst nachts um vier, das Flimmern der Fernseher in Deutschlands Wohnzimmern nicht erlosch.

Zu dieser Zeit finden nämlich die alljährlichen Finals der NBA statt. Bleibt nur noch die Frage zu klären, was treibt einen Michael Jordan noch an. Geld ist es sicherlich nicht, sein Privatvermögen beläuft sich auf ca. 450 Millionen DM. Und sein künftiges Jahresgehalt von einer Million will er den Angehörigen der Opfer der Terroranschläge in den USA spenden.

Sportlicher Ruhm kann auch nicht die Antriebsfeder für ein Comeback sein. Er ist sechsmal mit den Chicago Bulls Meister geworden, war zweimal Olympiasieger, fünfmal wertvollster Spieler der gesamten Liga, 10 mal erfolgreich-

ster Punktesammler usw.. Hinzu kommt ein geradezu perfekter Abgang. Im letzten Spiel seiner Karriere erzielte er mit dem letzten Wurf der Saison den entscheidenden Treffer zum sechsten Meistertitel. Die ultimative Krönung. Eine Steigerung ist auch hier kaum vorstellbar.

Was bewegt Jordan also zu einem erneuten Comeback, denn auch wenn einmal eine andere Basketballlegende namens Larry Bird gesagt hat: „Vielleicht ist es Gott, als Michael Jordan verkleidet“. Auch ein Michael Jordan wird nicht jünger und schneller.

Was treibt ihn also an?

Es ist die Liebe zum Basketball und die Herausforderung des täglichen Wettkampfes. So waren in den letzten Tagen wiederholt seine Worte.

Sicherlich, diese Worte klingen ein wenig pathetisch und übertrieben. Aber

mal im Ernst, es bleiben wirklich nicht viele Erklärungen, warum sich dieser Mann einem solch hohen Risiko aussetzt.

Zur Verdeutlichung: Man stelle sich vor ein Pelé, Franz Beckenbauer oder Diego A. Maradona wären auf dem Höhepunkt ihrer Karriere zurückgetreten und hätten einige Jahre später beim FC St. Pauli wieder angeheuert. Ähnlich schlecht sind im Moment die Washington Wizards, Jordans zukünftiger Club. Ihm ist es völlig egal, ob er sein eigenes Denkmal bzw. Bild in der Öffentlichkeit beschädigt, er liebt einfach dieses Spiel. Und als Konsequenz daraus kehrt er zurück. Vor dieser Entscheidung muss man einfach den Hut ziehen.

Ach ja, ab dem 30.10.01 spielt er wieder. Also, Fernseher einschalten und MJ anschauen.

Christian Smigiel

Sicherheit im Internet

Ein Thema, welches in letzter Zeit immer mal wieder auftauchte, ist der Bereich der Sicherheit im weltweiten Datennetz. Es gibt verschiedene Aspekte, die hier zu betrachten sind. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit gab es sicherlich immer dann, wenn mal wieder ein neuer, heimtückischer Virus auftauchte, genannt seien Namen wie Nimda, Code Red oder SirCam. Aber neben diesen Viren gibt es noch andere Dinge, die für den arglosen oder unvorsichtigen Nutzer eine Gefahr darstellen können - Gefahren, gegen die man sich aber gut schützen kann. So gibt es viele Fehler, die böswillige Programmierer nutzen können, um an persönliche Daten zu kommen. Zu einem weiteren Problem kann die sorglose Übermittlung von persönlichen Daten im Klartext, das heißt, daß jedes Zeichen so übermittelt wird, wie es eingegeben wurde, werden.

Gegen Viren kann sich jeder Nutzer recht einfach schützen, die Devise lautet hier immer, daß man keinerlei Anhänge von E-Mails öffnet, wenn man nicht explizit eine Datei oder ähnliches erwartet. Das Ausführen von fremden Programmen ist immer eine Gefahr. Besonders stutzig sollte man natürlich werden, wenn man auf einmal eine Mail auf Englisch bekommt, obwohl man mit

dem Absender bisher immer Deutsch gesprochen hat. Aber auch sonst sollte man nicht nach dem Motto verfahren: „Ich kenne den Absender, also muß das in Ordnung sein.“ Nun gibt es einige Mailprogramme, die sogenannte aktive Inhalte in E-Mails von sich aus ausführen. Das sollte man auf jeden Fall abstellen, hier droht immer eine Gefahr. Von der Benutzung des Programmes

„Outlook Express“ der Firma Microsoft rät das Zentrum für Informationsverarbeitung (ZIV) der Uni Münster übrigens ganz ab.

Für den Fall, daß diese Vorsichtsmaßnahmen nicht ausreichen, sollte ein Anti-Virus-Programm installiert werden. Für Studierende der Uni Münster gibt es dies beim ZIV unter <http://winkiosk.uni-muenster.de/>. Das installierte Programm sollte regelmäßig aktualisiert werden.

Nun zu den Gefahren, die beim einfachen Surfen im Internet auftauchen können: Besonders gefährlich sind an dieser Stelle wiederum sogenannte aktive Inhalte, durch die Sicherheitslücken in der Software ausgenutzt werden können, besonders die Firmen Netscape und Microsoft glänzten in den letzten Jahren immer wieder durch Programmierfehler, die Angriffe auf den heimischen PC via Internet ermöglichen und ermöglichen. Hierzu gibt es ebenfalls eine Auflistung des ZIV: <http://www.uni-muenster.de/WWW/Sicherheit.html>. Ein paar wichtige Punkte sollen aber an dieser Stelle aufgeführt werden. Wenn man die Muße hat, ist es am besten, sich regelmäßig mit den neuesten Versionen der Program-

me, die man benutzt, zu versorgen. Da das nicht jedem zuzumuten ist, kann auch anders vorgegangen werden: Als erstes sollte man Java, JavaScript und sämtliche Plugin-Programme ausschalten. Ebenfalls sollten ActiveX und VBScript im Internet Explorer deaktiviert werden. Zu diesen Punkten sei angemerkt, daß dann „das Internet“ ziemlich anders als gewohnt aussehen wird, vieles wird nicht mehr funktionieren, darum muß jeder selbst entscheiden, welchen Kompromiß zwischen Sicherheit und Komfort er nun eingehen möchte.

Viele Programme bieten die Möglichkeit, Paßworte zu speichern, das sollte man ebenfalls niemals machen; diese Paßworte können zum Beispiel von Trojanern ausgelesen werden. Verzichtet werden kann und sollte zudem auf die Benutzung der Option „Smart Browsing“ von Netscape.

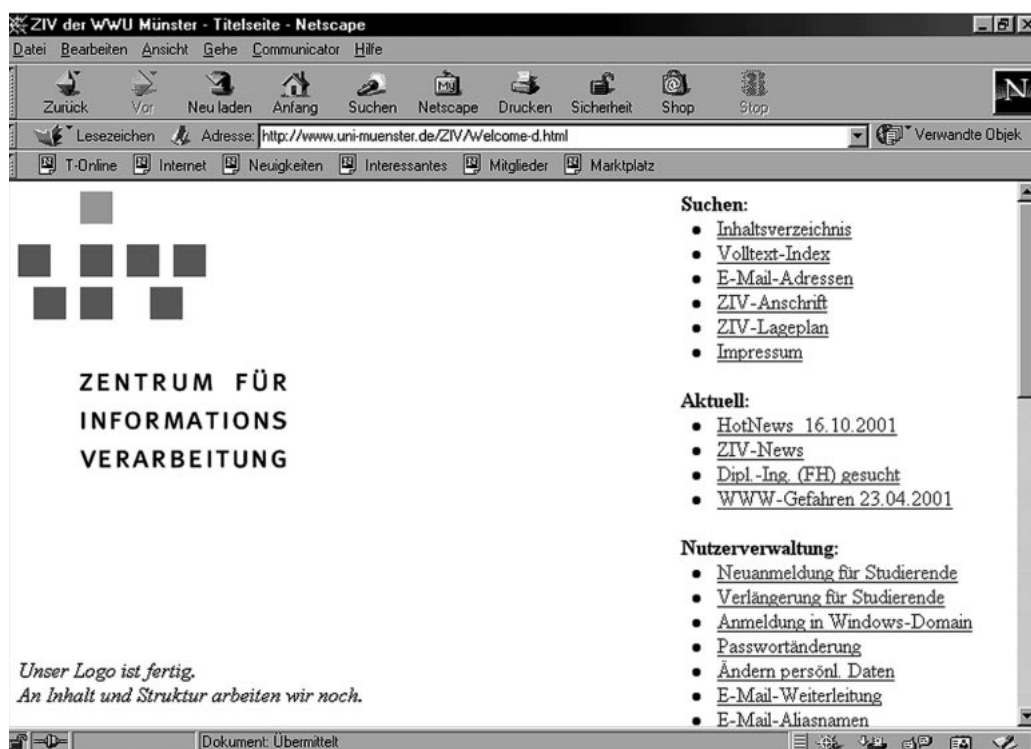
Eben wurde schon das Thema „Paßworte“ angedeutet. Oftmals finden sich im Internet Formularfelder, zum Beispiel zur Übermittlung von Login-Informationen bei E-Mail-Anbietern oder anderen geschützten Angeboten oder zur Übermittlung von Daten für finanzielle Transaktionen. In den meisten Fällen geschieht dies im Klartext, das bedeutet, daß jemand, der die Verbindung abhört, die Daten bekommt und sie direkt verwenden kann. Einige Anbieter, zum Beispiel das ZIV der Uni Münster oder die E-Mail-Anbieter web.de und epost.de bieten die Möglichkeit einen abhörgeschützten sogenannten SSL (Secure Sockets Layer)-Zuganges. Solche Zugänge sollte man auf jeden Fall benutzen, hier werden die Daten mit unterschiedlich großen Schlüsseln gesichert, so daß jemand, der „mitliest“, mit den Daten zunächst nichts anfangen kann, ab einer bestimmten Länge gelten Schlüssel nach heutigen Maßstäben als sicher. So kann man seine E-Mails an der Uni Münster sicher über die Seite <https://permil.uni->

muenster.de lesen, über einen normalen Webbrowser von jedem Ort der Welt aus.

Manche mögen ihre Mails nun lieber über ein Terminalprogramm lesen, am bekanntesten dürfte hier das Programm „telnet“ sein. Auch hier werden alle Daten im Klartext übertragen, daher empfiehlt sich an dieser Stelle, auf das Protokoll SSH (Secure Shell) zurückzugreifen, welches Telnet-Verbindungen verschlüsselt.

A propos E-Mail: Für gewöhnlich werden auch E-Mails im Klartext quer

man nur selbst kennt und der durch ein Paßwort zusätzlich geschützt ist. Mit dem öffentlichen Schlüssel kann jeder die E-Mails an den Besitzer des Schlüssels verschlüsseln, diese Nachrichten können nur mit dem privaten Schlüssel entschlüsselt werden. Ebenso kann der Besitzer des privaten Schlüssels seine E-Mails signieren, mit Hilfe des öffentlichen Schlüssels wird dann seine Identität verifiziert. PGP ist auch deswegen so sicher, weil die (öffentlichen) Schlüssel von vertrauenswürdigen Instanzen und Personen signiert werden können, auch das ZIV bietet solch eine Zertifizierungsstelle an (<http://www.uni->



Die Homepage des Zentrums für Informationsverarbeitung

durch das weltweite Datennetz geschickt. Weiterhin ist nicht sichergestellt, daß eine Mail wirklich vom Absender stammt, der dort steht. Für beide Probleme gibt es eine gemeinsame Lösung: die Verwendung des Programmes PGP (pretty good privacy). PGP ist ein sogenanntes RSA-Verfahren, welches mit zwei verschiedenen Schlüsseln arbeitet: dem öffentlichen Schlüssel (public key), den man anderen Menschen zur Verfügung stellt sowie dem geheimen privaten Schlüssel (private key), den

muenster.de/WWUCA/), auf den angegebenen www-Seiten finden sich auch weitere Hinweise.

Dieser Artikel ist sicherlich nur ein kurzer Überblick über dieses wichtige Thema, was von vielen Internetnutzern immer noch viel zu stiefmütterlich behandelt wird. Weitere Informationen finden sich natürlich im Internet, auch der Autor steht für weitere Informationen bereit (sahlmul@nwz.uni-muenster.de).

Baldo Sahlmüller

Leserbrief zur Kampagne gegen die Weltbank: „Die Globalisierung hat nicht nur Nachteile!“

Im Semesterspiegel Nr. 328 befand sich ein Artikel der „Kampagne gegen die Weltbank Barcelona 2001“ mit dem Thema „Eine andere Welt ist möglich“. Leider haben sich die mir unbekannten Autoren (etwa die gesamte SSP-Redaktion?) hierin nur mit den Nachteilen der Globalisierung und der Weltbank beschäftigt, wobei der Großteil der Argumente so nicht nachvollzogen werden kann bzw. schlicht und ergreifend falsch ist.



Garant für den Frieden? NATO, Weltbank und Internationaler Währungsfonds; hier Gründungskonferenz der NATO 1957 in Paris

Als ein erstes Argument gegen die Weltbank führen die Autoren deren Finanzierung u.a. durch „überhöhte Zinsen für Schulden des Südens“ an. Jeder klar denkende Mensch sollte wissen, nach welchen Schemata sich die Zinsen zusammensetzen. Ausschlaggebend hierfür sind die Referenzzinssätze, die sich an den jeweiligen Geldmarktsätzen orientieren, zuzüglich eines sogenannten Spreads, der sich nach der Bonität des jeweiligen Kreditnehmers richtet. Hieran wird deutlich, daß es sich bei der Weltbank nicht um

eine kapitalistische Vereinigung handelt, wie dies ursprünglich von den Autoren behauptet wurde, sondern um eine supranationale Organisation, die sich „fair“ nach den jeweils vorliegenden Gegebenheiten richtet.

Auch die Aussage, daß die Weltbank für Armut und Krieg verantwortlich sei, ist falsch. Hierfür gibt es andere Ursachen, auf die ich im folgenden aber nicht eingehen will.

Auch die These, daß auf der sozialen Ebene die Staatshaushalte für Erziehung, Gesundheit, Ernährung usw. her-

abgesetzt werden, während die Etats für Waffen und Verteidigung erhöht werden, kann widerlegt werden. So hat sich gerade in der Vergangenheit gezeigt, daß die Rüstungsausgaben vor allen der „Länder des Nordens“ drastisch gesunken sind zu Gunsten anderer Haushalte wie z.B. für Bildung, Gesundheit etc. Erst bedingt durch die verheerenden Terroranschläge in den USA auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September dieses Jahres sind die Etats für die Verteidigungshaushalte weltweit gestiegen. Dieses

Geld soll aber nicht der Gewalt, der Erpressung und der Ausbeutung der „Länder des Südens“ dienen, sondern vielmehr der Bekämpfung des Terrors und damit Garant für die Erhaltung des Weltfriedens sein. Das zeigt, daß die These „Waffen statt Gesundheit“ realitätsfern ist. Denn was haben wir von hohen Gesundheits-etats, wenn auf der Welt Krieg und Terror vorherrschen?

Des weiteren sprechen sich die anscheinend stark ideologisierten Autoren einerseits gegen die wirtschaftliche Globalisierung und gegen die Weltbank aus, fordern aber andererseits die „Globalisierung der Arbeits- und Sozialrechte in der ganzen Welt“. Dem sachkundigen Leser sollte an dieser Stelle so-

fort aufgefallen sein, daß das eine das andere bedingt. Das bedeutet, daß eine Globalisierung der Rechte nur mit einer gleichzeitigen wirtschaftlichen Globalisierung einhergehen kann. Anscheinend wollen dies die Autoren nicht erkennen oder haben sich noch zu wenig mit diesem doch ernst zu nehmenden Thema befaßt.

Im Gegensatz zu den Ausführungen der Autoren bietet die Globalisierung jedoch allen Beteiligten bisher ungeahnte Möglichkeiten zur ökonomischen und gesellschaftlichen Weiterentwick-

lung. Denn gerade die Globalisierung hat nicht nur Deutschland, sondern vielen Ländern auf der ganzen Welt Freiheit, Frieden, Wohlstand und sozialen Ausgleich gebracht. Die Globalisierung und die damit einhergehende Ausweitung des Außenhandels hat für alle beteiligten Länder in der Regel positive Wohlfahrtseffekte, die in einem höheren Niveau und in einer größeren Vielfalt der Güterversorgung begründet liegen. Es ist aber nicht zu leugnen, daß aus der Globalisierung Beschäftigungsrisiken resultieren. Diese lassen sich aber minimieren, wenn sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Arbeitskräfte Fähigkeit und Bereitschaft zur Anpassung an den Strukturwandel hoch sind. Nur so können sich hieraus sogar überraschende Chancen für Beschäftigungszuwächse eröffnen. Aufgrund des niedrigen Lohnniveaus liegen diese Chancen für die Beschäftigungszuwächse vor allen bei den Entwicklungsländern. Dies führt dann auch zu mehr Wohlstand in den Entwicklungsländern unserer Erde. Die Globalisierung führt noch zu einem weiteren Anpassungszwang, nämlich dem der Qualifikation. Gerade in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß die „Menschen im Süden“ in bestimmten Bereichen – zu nennen ist hier u.a. die IT-Branche – genauso gut qualifiziert sind wie wir. Dies hat wiederum positive Auswirkungen auf die Wohlfahrt der entsprechenden Länder.

So ließen sich noch viele Vorteile aufzählen, die für eine Globalisierung und damit auch für die Weltbank sprechen. Dennoch läßt sich nicht verleugnen, daß die Globalisierung auch Gefahren in sich birgt. Diese überwiegen jedoch

nicht die Vorteile. So ist es schade, daß sich die Autoren in ihrem Bericht gegen die Globalisierung und die Weltbank aussprechen, indem sie hierzu nicht tragfähige Argumente anführen. Leider werden die Vorteile der Globalisierung in ihrem eher ideologischen Bericht gar nicht erst angesprochen.

Im Gegensatz zu den Autoren bekennt der RCDS sich in seinem Grundsatzprogramm zur Globalisierung. Er weist jedoch auch darauf hin, daß die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft international zur Geltung gebracht werden müssen, um so alle nur denkbaren Nachteile aus der Globalisierung zu minimieren.

Andreas Hadamitzky,
RCDS Münster

Leserbrief: Der RCDS und die Wahrheit

Nachdem nun schon in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben des Semesterspiegels Artikel von Christoph Suttman, einmal gemeinsam mit Andreas Hadamitzky, (beide RCDS) abgedruckt waren, die inhaltlich nicht richtige Dinge bzw unhaltbare Unterstellungen enthielten, ist es meiner Meinung nach an der Zeit für eine Richtigstellung.

So schreiben Hadamitzky und Suttman im SSP 328 auf Seite 8: „Ein Novum stellt es dar, dass nicht alle Aufgabenbereiche als Referate betreut werden, sondern dass es auch ‚Beauftragte‘ für gewisse Tätigkeitsbereiche geben soll [...]. Diese Konstruktion [...] ist höchst fragwürdig und stößt auf rechtliche und politische Bedenken: So sind ‚Beauftragte‘ in der Satzung der Studierendenschaft nicht vorgesehen; das HG sieht ausdrücklich Referenten als Rechtsform vor, von ‚Beauftragten‘ wird der Leser auch hier kein Wort entdecken.“

Hierzu ist festzustellen, daß in der Sat-

zung der Studentenschaft vom 17. 12. 1990 sehr wohl Beauftragte vorgesehen sind, sie tauchen allerdings unter dem Namen „Projektleiter“ auf:

„Für bestimmte Aufgaben oder Projekte können Mitglieder der Studentenschaft vom AStA als Projektleiterinnen bestellt und jederzeit entlassen werden. Davon unberührt sind studentische Initiativgruppen im Sinne des § 17 dieser Satzung. Sie sind gegenüber dem AStA und dem SP jederzeit auskunftspflichtig.“ [§ 11, Abs. 9, Satzung der Studentenschaft der WWU]

Im Hochschulgesetz des Landes NRW

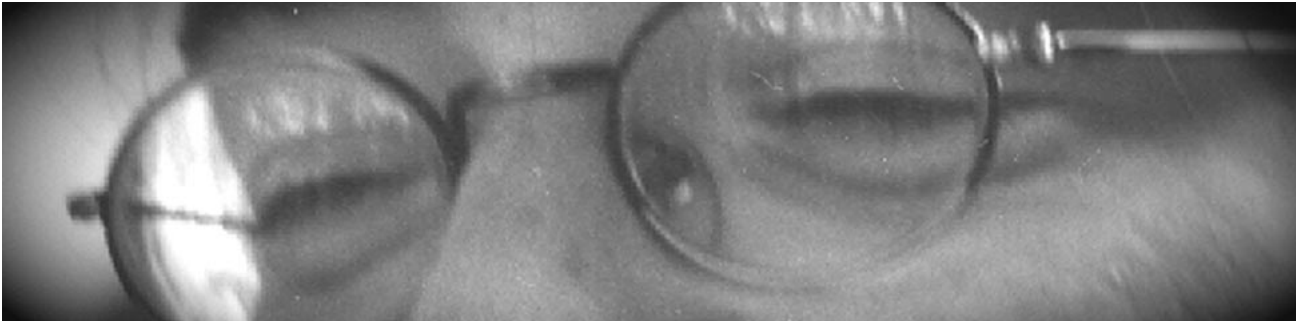


Baldo Sahlmüller

vom 14. März 2000 ist im Übrigen nicht von Referenten als Rechtsform die Rede, der AStA wird in diesem Gesetz wie folgt definiert:

„§ 76 Allgemeiner Studierendenausschuss

(1) Der Allgemeine Studierendenausschuss vertritt die Studierendenschaft. Er führt die Beschlüsse des Studierendenparlaments aus und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung der Studierendenschaft.



(2) Rechtsgeschäftliche Erklärungen, durch die die Studierendenschaft verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von mindestens zwei Mitgliedern des Allgemeinen Studierendenausschusses zu unterzeichnen.

(3) Der Vorsitz des Allgemeinen Studierendenausschusses hat rechtswidrige Beschlüsse, Maßnahmen oder Unterlassungen des Studierendenparlaments und des Allgemeinen Studierendenausschusses zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, so hat sie oder er das Rektorat zu unterrichten.“

Es ist schon erstaunlich, daß ausgerechnet ein angehender Jurist wie Christoph Suttman nicht in der Lage ist, Gesetze und Satzungen genau zu lesen.

Im SSP 329 findet sich auf den Seiten 10 und 11 ein längerer Artikel von Christoph Suttman mit dem Titel "Ein halbes Jahr im Studierendenparlament". Dort geht es zunächst um den Wahlprüfungsausschuss, der sich mit der Liste US beschäftigt hatte. Am Ende des Abschnittes heißt es:

"Der dann noch zu vergebende Sitz wäre nämlich aufgrund des Wahlverfahrens an die zu den AStA-tragenden Listen gehörende Uni-GAL gefallen. Ein Zufall?"

Diese Unterstellung ist eine Frechheit. Hier wird Listen, die sich um Aufklärung undemokratischer oder rechtswidriger Vorgänge bei Wahlen bemühen, der Vorwurf gemacht, nur den eigenen Vorteil zu sehen. Mir war zu der Zeit nicht bekannt, wer den Sitz bekommen hätte, und ich weiß dies auch von keinem anderen Mitglied der Fraktionen AStA-tragender Listen.

Im darauf folgenden Abschnitt des besagten Artikels geht es um den Eintritt in den fzs, Suttman beschwert sich dort darüber, daß die AStA-tragenden Listen durch Fraktionspausen Zeit geschunden haben. Das ist wahr, verschwiegen wird aber, daß der RCDS und andere Listen bei der Entscheidung über den Austritt aus dem fzs vor gut einem Jahr genau das gleiche gemacht hatten. Ferner wird verschwiegen, daß der RCDS, nachdem er festgestellt hatte, daß manche Parlamentarier später kommen würden, die vorgeschlagene Tagesordnung so geändert hatte, daß der Tagesordnungspunkt, in dem über den Eintritt in den fzs entschieden werden sollte, weit nach vorne gezogen wurde. Dies gehört sicherlich auch nicht zu einem guten demokratischen Klima.

Zum Abschnitt zur Juristenausbildungsreform ist festzustellen, daß das Studierendenparlament den Antrag des RCDS mit einem Änderungsantrag,

den der RCDS übernahm, angenommen hat. Am Ende dieses Abschnittes stellt der Autor noch eine Frage, die ich gerne beantworten möchte:

"Offenbar sieht der AStA in den Juristen nicht seine bevorzugte Wählerschaft. Wie sonst ist es zu erklären, daß für das Lehramtsstudium gleich zwei AStA-Referenten ernannt worden sind?" Ganz einfach, lieber Christoph Suttman: Die Studierenden des Faches Jura werden bereits kompetent durch die Fachschaft Jura vertreten. Wer für die Fachschaftsvertretung Jura kandidiert hatte (wie Christoph Suttman), sollte das eigentlich wissen... Für die Lehramtsstudierenden gibt es keine spezielle Vertretung, sie sind in vielen verschiedenen Fachbereichen und Instituten angesiedelt, darum ist das Lehramtsreferat durchaus eine wichtige Aufgabe des AStA.

Ich habe mich beim Lesen dieser Artikel gefragt, ob der RCDS politisch nichts zu bieten hat, so daß er mit Unwahrheiten, Unterstellungen und Halbwahrheiten argumentieren muß. Das gehört mit Sicherheit nicht zu einem guten politischen Klima. Ich bin jedenfalls schon auf den kommenden Wahlkampf gespannt, ich hoffe aber, daß er sachlich geführt wird und die Listen inhaltliche Diskussionen führen.

Baldo Sahlmüller, Mitglied des StuPa für das Fachschaften-Forum



Bau-Tips: Wohin mit den Büchern?

Wandregal oder Raumteiler

Die Selbstbauseite im SSP hat offensichtlich regen Anklang gefunden. Im Mittelpunkt des Interesses scheinen besonders Regale und Schrankelemente zu stehen. Wir wollen daher von unserer vorherigen Planung abweichen und schon jetzt einige Vorschläge für die Herstellung einfacher Regale veröffentlichen.

Heute bringen wir einen Beitrag, den Harald Kuhlmeier, 44 MS, Steinfurter Straße 77—103, uns übersandt der seine Einsendung mit einer ausführlichen Beschreibung und einer Reihe von Bauskizzen versah.

In diesem Zusammenhang wollen wir noch einmal an unsere Aufforderung aus der letzten Ausgabe erinnern, uns mit Tips und Bauanregungen bei der Gestaltung dieser Seite zu unterstützen. Für die Einsendung einfacher Tips gibt's eine Freikarte für eine AStA-Veranstaltung; für eine Bauanleitung gibt's ein Buch oder eine Schallplatte im Wert von ca. 20 DM. Darüber hinaus erinnern wir noch einmal an unsere Beratungen, montags 14 bis 16 Uhr im AStA-Häuschen oder Tel. 4 90 20 98.

Dieses Regal ist eigentlich als Raumteiler gedacht. Wer sich jedoch nicht entschließen kann, seine ohnehin zu klein geratene Bude noch zu unterteilen, kann es auch vor einer Wand aufbauen. Das System ist einfach: Man besorgt sich 3 Stück (wer mehr Platz hat, kann das Regal beliebig erweitern) 60 mm-Kanthölzer in der Länge von ca. 2,50 m. Da diese „Senkrechträger“ vom Fußboden bis unter die Decke reichen müssen, empfiehlt es sich, die Höhe der Bude vorher genau zu messen und das Maß entsprechend darauf abzustimmen. Auch die Anzahl der Regalböden ist beliebig, man sollte jedoch festes Holz (Tanne/Fichte) den Spanplatten vorziehen, da die Haltbarkeit größer ist.

Die Maße für die Böden (hier: 88 x 26 x 2 cm) können natürlich variieren, allerdings sollte die Stärke der Böden

mindestens 2 cm betragen. Die anderen Bauteile sind der u. a. Materialliste zu entnehmen.

Vorbereitung der Regalböden

An beiden Enden des Brettes werden entsprechend Abb. 2 Ausschnitte in der Größe der Senkrechträger (sind z. T. kleiner als 6 x 6 cm!) angebracht. Dabei muß man darauf achten, daß alle Löcher gleichmäßig geraten, sonst wird das Regal windschief. Die Ausschnitte werden normalerweise mit der Stichsäge hergestellt, einfacher (genauer), oder auch bei Fehlen dieses Gerätes geht es mit der Bohrmaschine: Man bohrt Loch an Loch, schlägt mit einem Stechbeitel den Ausschnitt frei und raspelt ihn quadratisch. Damit wäre das schlimmste geschafft.

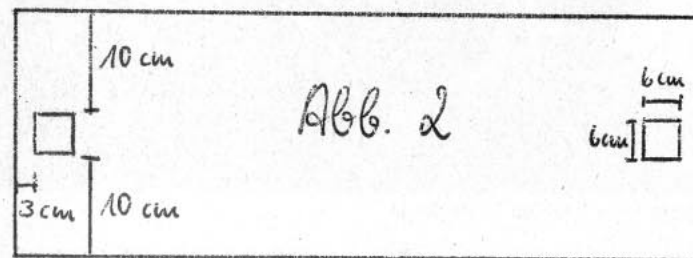


Abb. 2

Aufbau

Die Hölzer werden auf den Boden gelegt und dann die Regalböden in der gewünschten Reihenfolge aufgeschoben (hier: erst 3 links, dann abwechselnd ein rechts, ein links). Dann werden die Kanthölzer aufgerichtet.

Die Hölzer werden mit jeweils 2 Keilen unter der Decke befestigt.

Nun wird an den Stellen, wo die Böden befestigt werden sollen, in jeweils 2 Kanthölzer ein 10 mm Loch gebohrt (klein vorbohren). Anschließend werden mit einer Eissäge die Köpfe der Schrauben, die die Auflage für die Böden bilden, abgesägt und mit einer Feile entgratet.

Oder man sägt sich Holzstäbe entsprechender Länge ab (einfacher u. billiger).

Erwähnt sei noch, daß für die Oberflächenbearbeitung das gleiche gilt, was bereits in SSP 149 beschrieben worden ist.

Varianten

Zu verweisen ist noch besonders auf die vielen Variationsmöglichkeiten, die dieses Regal bietet. So ist z. B. eine Weiterführung um Ecken herum möglich (Praktisch alle Winkel zwischen 0 und über 100 Grad). Dabei müssen allerdings die Aussparungen in den Böden jeweils winkelig versetzt werden.

H. Kuhlmeier

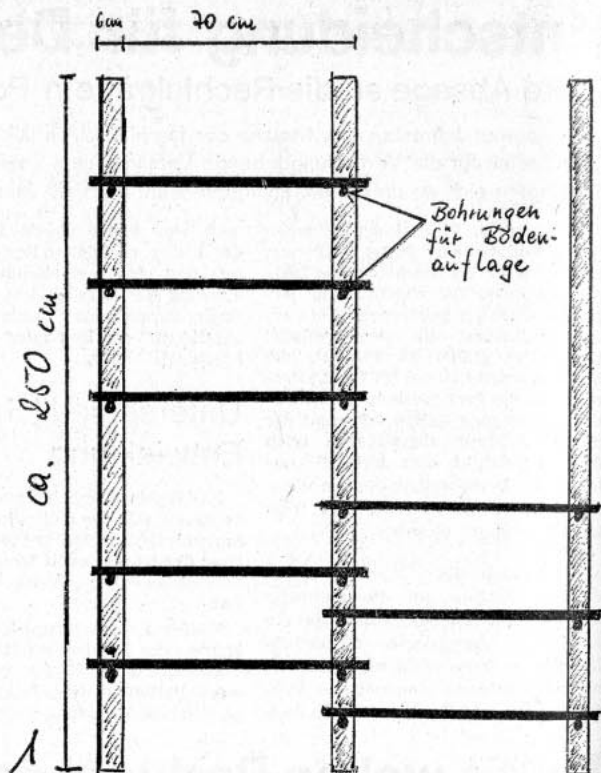


Abb. 1

Materialliste

Mengen und Zahlen beziehen sich auf das in Abb. 1 dargestellte Regal - beliebig veränderbar

3 Stück Kanthölzer, 6 x 6 cm, Länge wie Raumhöhe

8 Stück Regalböden, hier: 88 x 26 x 2 cm

(möglichst Fichte/Tanne, wer Geld hat, nimmt Buchenholz, evt. findet sich etwas in alten Schränken oder anderem Abfallholz)

16 Stück Maschinenschrauben, 100 mm lang

genauso lassen sich auch **Holzstäbe** verwenden, die man sich wesentlich billiger am Stück kaufen und die benötigten Längen abschneiden kann.

Auschwitz



Studienfahrt 07.03.-12.03.2002

Untergebracht ist die Gruppe von 20 Personen für vier Nächte in der Jugendbegegnungsstätte und wird auch von einem ihrer Mitarbeiter vor Ort betreut. Einen genauen Ablaufplan gibt es noch nicht, da einzelne Themenschwerpunkte noch bei den Vorbesprechungen mit der Gruppe ausgesucht werden können. Es gibt die Möglichkeit, den ehemaligen Lagerkomplex zu besichtigen. Dazu kann man vor Ort Museen und ein Archiv besuchen und Filme über Auschwitz sehen. Zwischen den Besichtigungen wird es auch genügend Zeit für individuelle Gestaltung geben und die Möglichkeit Arbeitsgruppen zu bilden, um einzelne Themen weiter zu vertiefen. Die komplette Studienfahrt kostet 200,- pro Teilnehmer.

Anmeldungen:

Fachschaft Geschichte (Fürstenberghaus, Raum 43 im Keller): mittwochs 13-14 Uhr, donnerstags 20- 21.30 Uhr

Antifa-Referat des Uni-ASiA (Schloßplatz 1, 1. Stock): montags 12-14 Uhr

Angemeldet ist, wer die 200,- bezahlt hat. Falls mehr Personen mitfahren wollen als Plätze zur Verfügung stehen, wird eine Warteliste angefertigt.

Veranstaltungsreihe

Geschichte und Gedächtnis

Do 08.11. 20 Uhr, F5 (F-Haus)

Wolfgang Wippermann, Historiker der FU Berlin berichtet über die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, vor allem von Auschwitz und über den heutigen Umgang mit der Thematik. Als Experte für die Verfolgung von Roma und Sinti wird das ein Themenschwerpunkt der Veranstaltung sein.

IG Farben und Auschwitz

Di 04.12. 20 Uhr, ESG (Am Breul 43)

Eng verstrickt in die Verbrechen des Nazi-Regimes war der Zusammenschluß großer Chemie - Konzerne, die IG Farben. Nicht nur das sie die Kriegsmaschinerie der Nazis förderten und antrieben, sie verfügten auch über eigene Konzentrationslager, wie in Auschwitz-Monowitz, in denen sie Tausende von Häftlingen zu Tode schuften ließen. Auch in Birkenau hatte die IG ihre Finger im Spiel. Durch Zyklon B, vom IG Farben Konzern DEGESCH hergestellt, starben dort Millionen Menschen. Noch immer hat die IG (heute "IG Farben in Auflösung") nicht die volle Verantwortung für die Verbrechen ihrer Vorgängergesellschaft übernommen. Von der Coordination gegen Bayergefahr kommt Axel Koehler-Schnura und berichtet über die Geschichte der IG Farben und den heutigen Stand der Entschädigungsverhandlungen.

Literatur nach Auschwitz

Di 18.12. 20 Uhr, ESG

"Literatur des Holocaust" soll kein germanistisches Fachseminar werden. Es wird vor allen Dingen gelesen: z. B. Celan, Fried, Becker-Pausewangs u. a. Neugierigen soll ein erster Einblick geboten werden, Informiertere können vielleicht das ein oder andere Neue für sich entdecken. Zwischendurch werden die Texte in ihren historischen wie literarischen Kontext gerückt, und es wird Raum für Diskussion sein. In einer Zeit fortgesetzter Versuche, die deutsche Geschichte "abzuwickeln", erscheint eine Auseinandersetzung (auch) mit der literarischen Darstellung des Holocaust durchaus geboten.

Zeitzeugengespräch

Mo 14.01. 20 Uhr, ESG

Julius Goldstein, Mitglied des Präsidiums der Internationalen Auschwitz-Komitees, emigrierte während der nationalsozialistischen Herrschaft in einige Länder, wie Spanien, Frankreich und Palästina. 1942 wurde er nach drei Jahren Internierungslager an die Gestapo übergeben. Drei weitere Jahre lang war er in Auschwitz inhaftiert, überstand den Todesmarsch und erlebt schließlich das Ende des KZs Buchenwalds.

Shoa

Di 22.01. 18 Uhr, Villa Ten Hompel

Shoah heißt ein neunstündiger dokumentarischer Film des franz. Journalisten und Filmemachers Claude Lanzmann über den Holocaust. 12 Jahre lang hat er Augenzeugen aufgespürt und befragt. Letzte Überlebende, die als Opfer und Täter oder als Zuschauer erlebt und gesehen haben, was in den Ghettos und Lagern geschah.

Gezeigt wird eine 3-stündige Auswahl aus dem Film.

Widerstand

Mo 04.02. 20 Uhr, ESG

Arno Lustiger, Überlebender der KZs Buchenwald und Auschwitz, Autor und Historiker berichtet über den geschichtswissenschaftlich kaum thematisierten, jüdischen Widerstand. Der Aufstand der Sonderkommandos in Auschwitz ist nur ein Beispiel für das Engagement jüdischer Menschen gegen das nationalsozialistische Regime.

ASiA Uni Münster, Forum LinksOrientierter HistorikerInnen, FS Geschichte, Umbuch, Ev-Studierendengemeinde, VVN/BdA

05. November: Der Traum von der „Unverwundbarkeit“ – Die Raketenabwehrpläne der USA

Bereits vor dem Sternenkriegs-System SDI wurden Raketenabwehrprogramme der USA aufgrund mangelnder Funktionstüchtigkeit eingefroren. Nun soll die aktuelle Variante „National Missiles Defence“ umgesetzt werden. Es referiert Eric Chauvistré, Politikwissenschaftler von der FU Berlin um 20.00 Uhr im F3, Fürstenberghaus (veranstaltet vom AStA-Friedens- und Internationalismusreferat)

07. November: La Marcha Zapatista.

Wohin geht die Reise vom anti-neoliberalen Aufstand über die indigene Selbstbestimmung zur Globalisierungskritik? Über Wege des Zapatismus in Chiapas/Mexiko und darüber hinaus berichten und diskutieren zwei Mitglieder der Gruppe B.A.S.T.A. um 20.00 Uhr in der Baracke (Veranstaltungsreihe vom Infoladen Bankrott)

07. November: Akkreditierung – Ein Qualitätssicherungskonzept für neue Studiengänge?

Die aktuelle Debatte um Bildungs- und Studienfinanzierung ist kontroverser denn je. Quer durch alle Parteien wird die Erhebung von Studiengebühren oder die „marktkonforme“ Einführung von Bildungsgutscheinen diskutiert. Ist Bildung nur noch eine Ware? Über den Stand der Dinge referiert Jens Markus Deckwart um 20.00 Uhr im Cafe Malik (eine Veranstaltung vom Fachschaftenforum)

9.-11. November: Vergangenheitspolitik und Soziale Bewegungen in Deutschland und Chile

Ein Seminar, dass den Fragen nach den Zusammenhängen von Geschichtsschreibung und sozialen Bewegungen, der chilenischen Geschichte und heutigen Situation in Chi-

le, ebenso aber auch die totalitäre Geschichtspolitik der „Berliner Republik“ klären soll. Mit Alvaro und Isabel Oyander von FUNA aus Chile, Thomas Seibert von medico international u.a. Weitere Infos unter Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster, Tel. MS 524738, email: kaltmeier.itp@muenster.de

10. November: „global action day“

Globalisierungskritische Demonstration von attac-Münster, Friedensforum und Aktionsbündnis gegen den Krieg, Münster. Auftakt um 12.00 Uhr am Rathaus

14. November: Innere Sicherheit – Rasterfahndung, Videoüberwachung, Big Brother und viele kleine Brüder?

Nicht erst seit den Terroranschlägen von New York und Washington gibt es in der Bundesrepublik und Westeuropa eine Debatte um die Innere Sicherheit. Drehte es sich vorher um die Überwachung des öffentlichen Raumes (Videoüberwachung) und Telekommunikation, geht es nun um tiefgreifendere potentielle Eingriffe. Rasterfahndung und weitere Maßnahmen eröffnen weitgehende Eingriffe in Persönlichkeitsrechte, die im Hinblick auf Wirksamkeit und rechtsstaatliche Zulässigkeit höchst umstritten sind. Um 20.00 Uhr referiert Carsten Peters im Malik (eine Veranstaltung vom Fachschaftenforum)

21. November: Anarchie in Kurdistan/Türkei

Kriegsdienstverweigerung, anarchistische Gruppen und die Situation der gewaltfrei-anarchistischen Zeitung Otkökü beleuchtet vor historischen Hintergründen und Dia-Leinwand Bernd Drücke um 20.00 Uhr in der Baracke (Veranstaltungsreihe vom Infoladen Bankrott)

Autonomes Behindertenreferat Vollversammlung

Die Vollversammlung des Autonomen Behindertenreferats

findet statt am

Mittwoch, 21. November 2001, ab 18.00 Uhr

im kleinen Forum (Café Milagro), KSHG, Frauenstr. 3-7

In Hoffnung auf zahlreiches Erscheinen,

Kurt Stiegler, Autonomer Behindertenreferent

Bei Rückfragen könnt ihr mich erreichen unter

Mail: asta.behindertenreferat@uni-muenster.de

Telefon: 0172 - 8707737